



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 4
Dienstag, 31. März 2009
18:12 - 21:06 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 28.04.09

Vorsitz:	Christa Flückiger	SP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmzähler:	Martin Egger Beat Steinacher	FDP SP
	Traktandum 2: Daniel Schlatter	SP
Anwesend:	Von total 36 Mitgliedern: Ratspräsidentin und 35 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Schluss der Sitzung:	Thomas Hauser	FDP
Ganze Sitzung:	Thomas Feurer	Stadtpräsident

TRAKTANDEN

1	VdSR Vorgezogene Beschaffung eines Gelenkautobusses	Seite 90
2	VdSR der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur, Sport: Verlängerung der TagS (teilautonom geleiteten Schulen) bis Ende Schuljahr 2009/2010	Seite 94
3	VdSR Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH)	Seite 110
4	VdSR Tarifierleichterungen im integralen Tarifverbund, Neuordnung der Finanzierung der VBSH	Seite 119

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz	FK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	FK
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
16.09.08	VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes	SPK
17.10.08	Motion Roland Schöttle (parteilos): Rollen statt Rütteln	
21.10.08	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	GPK
21.10.08	VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	GPK
21.10.08	VdSR Parkleitsystem	FK
11.11.08	Motion Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040	
11.11.08	Postulat Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	
22.11.08	Postulat Christoph Lenz (AL): Vereine, die Jugendarbeit leisten, stärken	
16.12.08	VdSR Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in der Stadt Schaffhausen	FK
12.03.09	Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet?	
16.03.09	VdSR der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport: Verlängerung Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010	FK
24.03.09	VdSR Änderung von Art. 29 und Art. 53 Bauordnung (Materialbewirtschaftungszone), Zonenplanänderung Nr. 4 Recyclingplatz Kieswerk Solenberg, Materialbewirtschaftungszone	
24.03.09	VdSR Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnutzungsübertragungen und Parzellierungen	
23.03.09	Postulat von Till Hardmeier (JFDP): Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH	
24.03.09	Postulat von Walter Hotz (FDP): Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur	
31.03.09	Postulat von Alfred Tappolet (SVP): Sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen	

2009 Kleine Anfragen:

1	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Impulsprogramm zur Belebung der Wirtschaft	12.02.09
2	Dr. Raphaël Rohner	Sport- und Freizeitanlagenkonzept wie	24.03.09

3	(FDP) Walter Hotz (FDP)	weiter? Gewalttätige Auseinandersetzungen in der Stadt Schaffhausen	24.03.09
---	----------------------------	---	----------

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 **VdSR vorgezogene Beschaffung eines Gelenkautobusses**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 09.12.08 mit **35 : 0 Stimmen** einstimmig wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 9. Dezember 2008 betreffend Beschaffung eines Gelenkautobusses.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt für die Beschaffung eines Gelenkautobusses einen Kredit von Fr. 590'000.--.

Traktandum 2 **Vorlage Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 16.03.09: Verlängerung der Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010**

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage der Fachkommission vom 16.03.09 mit **21 : 10 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 16. März 2009 betreffend Verlängerung der Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010.
2. Der Grosse Stadtrat bewilligt rückwirkend den Eintritt der Steingutschule in die vom Kanton vorgesehene Übergangslösung für Tag-Schulen auf das Schuljahr 2008/2009.
3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Verlängerung der vom Kanton vorgesehenen Übergangslösung für die drei Tag-Schulen Steingut, Hohberg und Steig bis Ende des Schuljahres 2009/2010 zu und spricht für die dadurch anfallenden Kosten einen einmaligen Überbrückungskredit von total Fr. 219'640.-- (Steingut Fr. 93'400.--, Hohberg Fr. 51'140.--, Steig Fr. 75'100.--).
4. Ziff. 3 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 3 VdSR Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH)

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 02.12.08 mit **34 : 0 Stimmen** einstimmig wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 2. Dezember 2008 betreffend Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH).
2. Die Stadtverfassung wird wie folgt geändert:

*Art. 11 lit h
Aufgehoben*

Art. 29 Abs. 2 lit b

² *Insbesondere stehen ihm zu:*

- b) *Der Erlass von Benützungs- und Gebührenordnungen für:*
 1. *öffentliche Gebäude, Anlagen und andere Einrichtungen;*
 2. *die Verkehrsbetriebe. Der Stadtrat kann Vereinbarungen über Tarifgemeinschaften abschliessen und die Kompetenz zum Erlass des Verbundtarifs und der dazugehörigen Tarifbestimmungen an ein Verbundorgan übertragen.*
3. Für die Beschaffung eines neuen verbundkompatiblen Billettausgabe- und Entwertungssystems der VBSH wird ein Kredit von Fr. 3'255'000.-- bewilligt. Der Kredit steht unter dem Vorbehalt der Erhöhung des Kantonsbeitrages an die ungedeckten Kosten der Verkehrsbetriebe von 15 auf 20 Prozent.
4. Die Beschlüsse nach Ziff. 2 und 3 unterstehen gemäss Art. 10 lit c der Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum.

Traktandum 4 VdSR Tarifierleichterungen im integralen Tarifverbund, Neuordnung der Finanzierung der VBSH

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung die Vorlage des Stadtrates vom 02.12.08 sowie die am 02.03.09 von der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit angebrachte Änderung mit **31 : 2 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 2. Dezember 2008 über die Neuordnung der Finanzierung der Verkehrsbetriebe.
2. Die im städtischen Voranschlag 2009 eingestellten Beiträge an die Verkehrsbetriebe von insgesamt Fr. 7'912'100.-- (Beitrag Parkierung,

Defizitdeckung) werden im Betrag von Fr. 1'100'000.-- als Abgeltung von Tariferleichterungen (Konto 6510.363.002) nach Abrechnung und im Betrag von Fr. 6'812'100.-- als Abgeltung der ungedeckten Kosten (6510.363.003) pauschal an die Verkehrsbetriebe geleistet.

3. Der Grosse Stadtrat genehmigt die Änderung der Verordnung über die Organisation der Verkehrsbetriebe Schaffhausen vom 24. März 1992 in der Fassung des Antrags der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 2. März 2009 gemäss Anhang.
4. Ziff. 3 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum.

BEGRÜSSUNG

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, eröffnet die vierte Sitzung des Jahres 2009 mit der Begrüssung der Frau Stadträtin Jeanette Storrer und der Herren Stadträte Urs Hunziker, Peter Käppler und Peter Neukomm, der Ratsmitglieder und der Medienberichterstatte.

Mitteilungen der Ratspräsidentin:

„Das Büro kam zusammen mit den potenziellen Bewerberinnen in Absprache mit den Stadträten zu folgender Lösung: Für die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit stehen die beiden Damen Esther Brinkmann und Veronika Michel aus dem Referat Käppler zur Verfügung; sie werden die Stellvertretung unserer Ratssekretärin Gaby Behring bei Krankheit oder Unfall übernehmen. Beide Damen arbeiten bereits mit der Protokolliersoftware verbalix und gewährleisten somit einen gesicherten Ablauf. Für die Protokollierung der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport steht Alice Riedel aus dem Referat Hunziker zur Verfügung. Damit die Protokolle inhaltlich und im Layout übereinstimmen, ist mit den Protokollantinnen und einer Vertretung aus dem Büro ein gemeinsames Gespräch geplant. Hier wird uns die Definition in der neuen GO Anhaltspunkte liefern. Das Büro freut sich, mit den drei Damen ein kompetentes und mit den Belangen vertrautes Team für die Protokollierungen gefunden zu haben.

Des Weiteren kann ich Ihnen bekannt geben, dass das Büro des Grossen Stadtrates zuhanden des Grossen Stadtrates die Unterschriften der Petentinnen und Petenten der Petition „Stopp der Verschandelung einer sensiblen Zone unseres Stadtbildes an der unteren Munothalde/Bachstrasse“ entgegen genommen hat. Die Eingangsbestätigung der Unterschriften ist in Form eines Briefes an die Initiantinnen und Initianten mit Datum 13.03.09 zugestellt worden; es wurde den Ratsmitgliedern ebenfalls zur Kenntnisnahme geschickt. Laut neuer GO gelangt die Petition zur Beratung in die zuständige SPK. Es ist ihre Aufgabe, eine Antwort auszuarbeiten, welche in die Beratungen des Grossen Stadtrates einfließen muss und nach Abschluss den Petentinnen und Petenten mit einem entsprechenden Protokollauszug zugestellt wird.

In meiner nächsten Mitteilung darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass wir eine Ratssitzung im September 09 - vermutlich am 15. September 2009 - in den Hallen für Neue Kunst durchführen werden. Anlässlich des Jubiläums der Hallen für Neue Kunst wurde ich von Stadtpräsident Thomas Feurer angefragt, und ich habe zugesagt. Verbunden mit einer kleinen Führung durch die Hallen setzen wir als

Parlamentarierinnen und Parlamentarier ein weiteres Zeichen für die Kultur in unserer Stadt.

Gestern nahm ich im Zusammenhang mit dem Projekt "Schaffhausen, ein kleines Paradies" auf Einladung der Regierung des Kantons Schaffhausen, welche auch Ihnen, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen zugeschickt wurde, an einer Informationsveranstaltung teil. Ich bin mir über die grosse zeitliche Belastung, die wir alle täglich spüren, bewusst; dennoch war ich enttäuscht, dass seitens des Grossen Stadtrates nur gerade drei Parlamentarierinnen und Parlamentarier anwesend waren. Wenn der Kanton sich bemüht, die Stadtparlamentarierinnen und Stadtparlamentarier einzubinden, erachte ich es als unsere Pflicht, präsent zu sein. Die Stadt mit ihren Zentrumslasten soll und muss mehr Gewicht gewinnen.

Bevor ich zur Tagesordnung schreite, übergebe ich das Wort SR Urs Hunziker. "

SR Urs Hunziker:

"Sie haben auf Ihren Pulten zu Traktandum 2 eine korrigierte Fassung zur Vorlage TagS. Ich muss mich für einen peinlichen Fehler entschuldigen, der in der Hitze des Gefechts beim Versand der Unterlagen unterlaufen ist. Wir haben im Sinne einer besseren Lesbarkeit die Beilage mehrfach überarbeitet und berücksichtigt, dass die über das Budget bereits bewilligten Gelder nicht nochmals rückwirkend bewilligt werden können oder müssen. Am Schluss wurde durch die Fachkommission die richtige Beilage verabschiedet. Wegen eines Versehens seitens des Schulreferates - ich möchte hiermit Stadtratsweibel Markus Brütsch ausdrücklich entlasten - ist bei der elektronischen Weiterleitung die falsche Beilage angehängt worden, nämlich eine alte Version, die nicht mehr stimmt. Substanziell ändert sich in der Vorlage nichts, auch die Anträge sind mit den richtigen Zahlen versehen. Diese korrespondieren mit den Anträgen in der aufgelegten Fassung des Anhangs. Ich bitte Sie, für die Verhandlung ausschliesslich die korrigierte, heute aufgelegte Fassung des Anhangs zu verwenden. Ich bitte Sie den eigentlich unverzeihlichen Fehler zu entschuldigen. "

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 16.03.09: Verlängerung Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010
- Petition an den Grossen Stadtrat "Stopp der Verschandelung einer sensiblen Zone unseres Stadtbildes an der unteren Munothalde/Bachstrasse" mit der bereits erwähnten Eingangsbestätigung des Ratspräsidiums vom 13.03.09
- Interpellation Lotti Winzeler (OeBS): Ist die pflegerische Grundversorgung für die Zukunft gewährleistet? vom 12.03.09 (dieser Vorstoss figuriert bereits auf der heutigen Traktandenliste)
- Kommissionsantrag der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 02.03.09 zu VdSR Einführung von Tarifierleichterungen im integralen Tarifverbund und Neuordnung der Finanzierung der VBSH

PROTOKOLL

Das Protokoll der Ratssitzung Nr. 3 vom 3. März 2009 wurde vom Büro geprüft und genehmigt und liegt wie üblich auf dem Kanzleitisch der Ratssekretärin zur Einsichtnahme auf. Sofern keine Änderungsanträge ans Büro gestellt werden, gilt das Protokoll als definitiv genehmigt.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Mitteilung der Ratspräsidentin:

„Ich möchte zur Traktandenliste eine Anfrage an die Ratsmitglieder richten: Dem Büro ist bei Traktandum 3 und 4 ein Denkfehler unterlaufen. Ich möchte beliebt machen, die Traktanden 3 und 4 zu tauschen; es macht keinen Sinn über die Tarifierleichterung im integralen Tarifverbund und die Neuordnung der Finanzierung der VBSH zu diskutieren, bevor nicht klar ist, ob wir die Einführung des integralen Tarifverbundes überhaupt annehmen wollen. Ich bitte Sie auf meinen Vorschlag einzugehen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Des Weiteren gebe ich Ihnen bekannt, dass die heutige Sitzung frühestens endet, wenn die Traktanden 3 und 4 behandelt worden sind. Das neu als Traktandum 3 platzierte Geschäft unterliegt einer Volksabstimmung und die Behandlung kann aus zeitlichen Gründen nicht verschoben werden.

Zu Traktandum 2 gebe ich Ihnen folgende Information: Beat Steinacher wird bei diesem Traktandum als direkt Betroffener in den Ausstand treten und auch sein Amt als Stimmzähler nicht wahrnehmen. Ich schlage Ihnen Daniel Schlatter (SP) als Ersatzstimmzähler vor. “ *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, begrüsst die Herren Walter Herrmann, Thomas Romer und Peter Leu von den Verkehrsbetrieben Schaffhausen, die für allfällige Sachfragen anlässlich der Ratsdebatte zur Verfügung stehen.

Traktandum 1 VdSR Vorgezogene Beschaffung eines Gelenkautobusses**Josef Eugster (SVP)****Präsident Fachkommission Bau**

„Die vorgezogene Beschaffung eines neuen Gelenkautobusses ist ein unbestrittenes Geschäft; ich kann Ihnen mitteilen, dass die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit (ich hoffe, dass wir irgendwann eine sinnvolle Abkürzung für diese Kommission finden werden) der Vorlage mit 7 : 0 Stimmen zugestimmt hat.

Wie den meisten von Ihnen bekannt, ist im letzten Jahr ein Trolleybus der Linie 1 in Brand geraten und kann nicht mehr repariert werden. Er wird noch als Ersatzteillieferant gebraucht. Der Bestand der Trolleybusse wurde damit auf 7 Fahrzeuge reduziert, wovon 6 Fahrzeuge ständig im Einsatz sind. Somit ist nur zu hoffen, dass kein weiterer Ausfall zu verzeichnen ist. Ordentliche Service- und Reparaturarbeiten sind mit einem Reservebus ohnehin schon problematisch. Auf den Gelenkautobuslinien 3 und 4 ist der Bestand mit 12 Fahrzeugen auch nicht besonders komfortabel, da morgens früh bis abends 20 Uhr ständig 10 Busse im Einsatz sind.

Um diese unerfreuliche Situation zu verbessern, kommen wir nicht darum herum, ein zusätzliches Fahrzeug anzuschaffen. Vom Antrag, dass dies ein Gelenkautobus mit Dieselantrieb sein soll, konnten wir uns in der Fachkommission überzeugen.

Die Flexibilität auf der Linie 1, 3 und 4 wird dadurch markant verbessert. Zudem besteht die Möglichkeit, ein Dieselfahrzeug auch anderweitig einzusetzen, beispielsweise als Bahnersatz, als Verstärkungskurs oder für Fahrten ausserhalb des ordentlichen Busnetzes. Im Detail wurden verschiedene Anliegen diskutiert.

1. Neuanschaffung oder Occasion?

- Wir kamen zur Überzeugung, dass die Neuanschaffung das einzig Richtige ist.
- Eine Occasion entspricht nicht der heutigen Schadstoffverordnung EURO5.
- Das Aufrüsten der Fahrgastinformation, des Kommunikationssystems und der Fahrkartenbewirtschaftung wäre sehr teuer.
- Je nach Kilometerleistung müsste eine Occasion wieder frühzeitig aus dem Verkehr genommen werden.

2. Einflussnahme auf die Vorlage „Erhalt und Ausbau Trolleybus“

- Die Beschaffung eines Gelenkautobusses wird diese Vorlage in keiner Art und Weise beeinflussen.
- Sollte der Entscheid für den Erhalt oder sogar den Ausbau zugunsten der Trolleybuslinien gefällt werden, wird die Beschaffung neuer Trolleybusse frühestens 2014 bis 2016 möglich sein.
- Bis zu diesem Zeitpunkt werden einige der heute im Einsatz stehenden Gelenkbusse ausgedient haben.
- Der Abschreibungszeitraum für solche Fahrzeuge beträgt 12 Betriebsjahre und wenn alles gut läuft, werden diese noch bis zu 4 Jahren weiter betrieben. Zur Zeit sind mehrere Gelenkbusse seit anfangs 2001 unterwegs. Die Jahreskilometerleistung liegt bei rund 65'000 km pro Fahrzeug. Das bedeutet, dass nach 12 Jahren rund 780'000 km zusammen kommen, nach zum Beispiel 16 Jahren Betriebszeit sogar über eine Million.

Damit dürfte klar sein, dass die heutige Anschaffung eines Gelenkbusses keine Präjudiz gegen das Vorhaben Trolleybus zur Folge hat.

3. Kosten:

Die Kosten für die Neuanschaffung mit entsprechender Infrastruktur sind mit Fr.590'000.-- beantragt. Von den Versicherungsleistungen für den in Brand geratenen Bus von Fr. 151'000.-- werden Fr. 50'000.-- für den gemieteten Gelenkbus vom 1. Januar bis 30. Juni, inklusive 30'000 km benötigt. Wird nun umgehend ein baugleicher Bus bestellt, werden bis zur Inbetriebnahme, ungefähr im September/Oktober 2009, keine weiteren Mietkosten anfallen. Damit steht der Restbetrag von Fr. 101'000.-- (Fr. 151'000.-- Versicherungsleistung minus Fr. 50'000.-- Miete) aus der Versicherungsleistung zur Verfügung des Kaufpreises, was bedeutet, dass effektiv Fr. 489'000.-- für die Anschaffung benötigt werden. Es ist jedoch richtig, dass wir über den ganzen Kaufpreis von Fr. 590'000.-- befinden müssen.

Im Namen der Fachkommission bitte ich Sie, der Vorlage zuzustimmen, damit bei den VBSH die angespannte Situation betreffend Reservefahrzeuge normalisiert werden kann.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** der Vorlage zustimmen wird. “

Thomas Hauser (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Ich kann es kurz machen und Ihnen erklären, dass die **FDP/JFSH-Fraktion** diese Vorlage grossmehrheitlich unterstützt. Die Verkehrsbetriebe Schaffhausen sind auf genügend Ersatzbusse angewiesen; dies aus verschiedenen Gründen wie

Servicearbeiten an anderen Bussen, überraschende Bahn- oder Schiffersatzeinsätze, Defekte an anderen Fahrzeugen oder speziell grossen Fahrgastaufkommen.

Dass als Ersatz ein Dieselbus angeschafft wird, ist ebenfalls sinnvoll, da er auf allen Linien eingesetzt werden kann. “

Dr. Paul Bösch (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Da die Vorlage von Josef Eugster, dem Präsidenten der Fachkommission bereits in der nötigen Klarheit und Kürze vorgestellt wurde, kann auch ich mich kurz fassen. Offene Fragen zur Vorlage konnten von den anwesenden Fachleuten zur Zufriedenheit geklärt werden. Insbesondere wurde klar, dass die Vorlage kein Präjudiz für die Trolleybusvorlage darstellt und die VBSH mit dem neuen Bus in der Lage sein werden, allfällige Engpässe auf den Linien 1, 3 und 4 zu überbrücken.

Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wird deshalb auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen. “

SR Peter Käppler

Stellungnahme

”Ich bedanke mich bei Ihnen für die gute Aufnahme der Vorlage und beim Präsidenten der Fachkommission für die sehr gute Führung der Sitzung, sodass wir sehr speditiv vorangekommen sind. Im Prinzip handelt es sich um ein weitgehend operatives Geschäft. Bereits mit der Trolleybusvorlage hat der Stadtrat beantragt, die Gelenkbusflotte zu poolen. Da die Trolleybusvorlage länger dauert, wurde Ihnen das heute zur Diskussion stehende Geschäft mit einer separaten Vorlage unterbreitet.

Weil heute nur noch sechs Trolleys gleichzeitig im Einsatz stehen (beim seinerzeitigen 7-/8-Minuten Takt waren es sieben), sollen nur noch sieben Trolleys beschafft werden, aber zusätzlich ein Gelenkautobus. Dieser kann auch auf den Linien 3, Krummacker – Breite, und 4, Emmersberg – Birch, zum Einsatz kommen, kann jedoch bei einem Engpass auf der Linie 1 auch dort eingesetzt werden. Auf den Linien 3 und 4 verkehren zurzeit öfters „kleine“ Busse, weil kein Diesalgelenkbus zur Verfügung steht und was in Spitzenzeiten regelmässig zu Reklamationen der Fahrgäste führt.

Die Situation ist eng geworden, mit einem Trolleybus reicht es oft nicht, um den Betrieb auf der Linie 1 aufrecht zu erhalten, beispielsweise wenn ein Bus in der Reparatur ist und ein zweiter ausfällt. In solchen Fällen wird der neue Bus auch auf der Linie 1 zum Einsatz kommen. Das ist ein Regime, das nicht nur in Schaffhausen zur Anwendung kommt; auch in Zürich - einer stark ausgebauten Trolleybusstadt - kommen immer wieder Dieselbusse bei Störungen oder Ausfällen zum Einsatz; unser Vorgehen ist also kein Präjudiz.

Beim zu beschaffenden Fahrzeug handelt es sich nicht um ein „Reservefahrzeug“, das quasi auf Abruf im Depot steht. Das Fahrzeug dient der Flottenergänzung. Alle VBSH-Busse kommen gleichmässig zum Einsatz. Die Anzahl Fahrzeuge bestimmt sich danach, dass genügend Fahrzeuge zur Verfügung stehen, wenn andere Busse im Service, in der Reparatur oder in der Reinigung sind. Weil im integralen 10-Minuten Takt die Fahrzeuge von morgens früh bis 20 Uhr unterwegs sind (ein Teil der Flotte natürlich auch noch später, inklusive Nachtbusse), können dabei nicht einfach Fahrzeuge kurzerhand aus dem Betrieb genommen werden, um

Kleinreparaturen zu erledigen.

Die VBSH-Busse legten im Jahr 2008 im Durchschnitt rund 65'000 Kilometer zurück. Das ist sehr viel für Stadtbusse (im Regionalverkehr erreichen die RVSH noch mehr) und zeigt, dass die VBSH ihre Busse sehr wirtschaftlich einsetzen.

Es ist wichtig, dass das neu zu beschaffende Ersatzfahrzeug in die bereits bestehende VBSH-Flotte passt. Weil es ein Gelenkbus ist, hat es natürlich einen grösseren Motor als die 2007 beschafften Volvo-Busse, ansonsten verfügt es über die gleichen und damit austauschbaren Komponenten, was für die Ersatzteilhaltung äusserst vorteilhaft ist.

Zum Schluss halte ich erneut fest, dass mit dieser Beschaffung in der Traktionsfrage nichts präjudiziert wird - wie auch bereits von Josef Eugster in seinem Fachkommissionsbericht erwähnt. Bei einem zukünftigen Ausbau des Trolleybusnetzes - wie in der Vorlage Trolleybus vorgeschlagen wird - und einer Umstellung der Linie 3 würden wieder sieben Busse beschafft, sechs für den Betrieb und einer als Reserve.

Der Antrag lautet auf einen Kredit von Fr. 590'000.--. Dieser Antrag bleibt, wie er ist. Erläuternd ist aber Folgendes zu bemerken: Im Bericht des Stadtrates heisst es, nach Abzug der Versicherungsentschädigung entstünden Kosten von knapp unter Fr. 500'000.--. Das ist - wie schon von Josef Eugster erläutert - insofern zu korrigieren, als wir den ausgefallenen Trolleybus dank der Versicherungsentschädigung in der Jahresrechnung 2008 vollständig abschreiben konnten. Wir geben also den Gesamtbetrag von Fr. 590'000.-- für den neuen Bus aus. Bei den zukünftigen Abschreibungen entfallen aber die Abschreibungen, die wir dank der Versicherungsleistungen bezahlen konnten, für den jetzt vollständig abgeschriebenen Trolleybus.

Ich hoffe Ihnen mit diesen zusätzlichen Erläuterungen die Vorlage schmackhaft gemacht zu haben und danke Ihnen für die Unterstützung. "

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, stellt fest, dass sie den Fraktionssprecher aus ihrer eigenen Fraktion, Daniel Schlatter, unterschlagen hat und bittet ihn ans Rednerpult.

Daniel Schlatter (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

"Wir in der SP/AL-Fraktion haben die Vorlage geprüft, Vor- und Nachteile abgewogen und sind zum Schluss gekommen, dass die Stadt einen Ersatzbus braucht. Wir sprechen hier nicht von einem Reservefahrzeug, denn es werden alle Busse von der Fahrkilometerleistung her gleich viel eingesetzt.

Der Kauf eines neuen Dieselmotors, der den neusten Abgasnormen (EURO5) entspricht und zur gesamten zuletzt angeschafften Busflotte passt, ist notwendig. Dieser Bus kann im Notfall universal auf allen Linien eingesetzt werden und ist in der heutigen Situation ein guter Entscheid zur Beschaffung eines Gelenkbusses. Diese Anschaffung ist kein Präjudiz gegen die Beschaffung von Trolleybussen und von unserer Seite auch keine Abfuhr zur Trolleybusvorlage.

Für die Beschaffung eines Occasionsbusses konnten wir uns nicht erwärmen, da die Nachteile, wie zum Beispiel: sehr hohe Kosten für unternehmensspezifischen

Anpassungen an die bestehende Flotte, entspricht nicht den neusten Abgasnormen und ist kein schraubengleiches Fahrzeug.

Mit der Anschaffung dieses Gelenkautobusses ist die VBSH wieder vollständig ausgerüstet und kann wieder alle Linien kundenfreundlich bedienen.

Aus diesen Gründen wird die **SP/AL-Fraktion** der Beschaffung zustimmen. “

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde, Eintreten ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Seiten 1 und 2 sowie die Anträge wie folgt:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 9. Dezember 2008 betreffend Beschaffung eines Gelenkautobusses.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.
2. Der Grosse Stadtrat genehmigt für die Beschaffung eines Gelenkautobusses einen Kredit von Fr. 590'000.--.
Kein Gegenantrag, so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 9. Dezember 2008 mit 35: 0 Stimmen einstimmig gut.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung,
Kultur, Sport: Verlängerung der TagS (teilautonom
geleiteten Schulen) bis Ende Schuljahr 2009/2010**

Kurt Zubler (SP)

Präsident Fachkommission Bildung

”Als Präsident der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport möchte ich vorausschicken, dass wir uns in Zukunft als Fachkommission des jeweils behandelten Geschäftsbereiches bezeichnen werden, heute als Fachkommission Bildung.

Die Vorlage “Verlängerung Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010”, die Ihnen die Fachkommission Bildung zur Beratung vorlegt, umfasst im Wesentlichen folgende Teile:

1. Die Begründung mit einer Darstellung der pädagogischen Ausgangslage der drei Tag-Schulen.
2. Die finanzielle Ausgangslage für jede einzelne Tag-Schule mit detaillierter Kostenzusammenstellung im Anhang.

3. Den Vorschlag zur Finanzierung der Verlängerung für das Schuljahr 2009/2010.

Ich fasse die drei Teile kurz zusammen und werde anschliessend die Kommissionshaltung zu den Anträgen erläutern.

Zu 1. Begründung:

Wie Ihnen bekannt ist, hat die SPK des Grossen Stadtrates im letzten Jahr beschlossen, die Behandlung der Vorlage "Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen - Strukturreform Stadtschulrat" bis nach der kantonalen Volksabstimmung über das Schulgesetz zu sistieren.

Mit der Vorlage zur gesamtstädtischen Einführung sollten Grundlagen für eine Planung und Umsetzung geschaffen werden, unabhängig vom Entscheid zum kantonalen Schulgesetz. Ebenfalls sollte damit die Situation für die drei Tag-Schulen definitiv geregelt werden, bevor die bewilligten Kredite aufgebraucht wären.

Mit der Ablehnung des Schulgesetzes musste die Beratung der Vorlage zur Gesamteinführung wieder aufgenommen werden. Dabei zeigte sich sogleich, dass diese Vorlage aus verschiedenen Gründen nicht schnell genug behandelt werden kann, und die drei Tag-Schulen deshalb in eine Finanzierungs- und Umsetzungslücke fallen. Die damit drohende Rückführung der Tag-Schulen zu Vorsteherschulen würde viel gute Aufbauarbeit, das gesammelte Wissen und sehr viel Einsatzbereitschaft und Goodwill der Lehrpersonen aufs Spiel setzen; dies zu einem Zeitpunkt, wo weder die Richtung des Parlaments, noch jene des Volkes zur gesamtstädtischen Einführung bekannt sind.

Die Fachkommission Bildung, der Stadtschulrat und der Stadtrat sind deshalb der Meinung, dass einerseits die Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010 verlängert und andererseits die Gesamtvorlage noch in diesem Jahr vom Rat behandelt werden sollen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Fachkommission Bildung bereits am 06.04.09 die erste Sitzung zu diesem Geschäft abhalten wird.

Die Fachkommission Bildung legt Ihnen deshalb keine Vorlage zur Frage der geleiteten Schulen vor und diskutiert diese auch nicht, sondern eine Überbrückungsvorlage zur Lösung der geschilderten Problematik.

Zu 2. Finanzielle Ausgangslage:

Diese ist bei den drei Schulhäusern verschieden: Je nach Grösse der Schule und Beginn des TagS-Versuches sind unterschiedliche Kosten angefallen. Ich verzichte darauf, Ihnen die Situation pro Schule im Detail vorzutragen; diese sind in den Unterlagen aufgeführt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass für die Weiterführung im Schuljahr 2009/2010 folgende Beträge zu bewilligen sind:

Steingut:	Fr. 93'400.--
Hohberg:	Fr. 51'140.--
Steig:	Fr. 75'100.--

Zu 3. Finanzierungsvorschlag:

Die Fachkommission Bildung hat an zwei Sitzungen zwei verschiedene Finanzierungsmodelle diskutiert und mit 7 : 0 Stimmen beschlossen, dass mit einem einmaligen Überbrückungskredit in der Höhe von Fr. 219'640.-- ein rechtlich und sachlich korrekter Vorschlag gefunden werden konnte.

Verhandlung und Haltung der Fachkommission Bildung zu den Anträgen:

Ein Kommissionsmitglied hat sich vor allem aus finanziellen, aber auch aus sachpolitischen Gründen gegen die *flächendeckende Einführung* geleiteter Schulen und auch gegen den Überbrückungskredit ausgesprochen. Damit wird die konsequente Haltung vertreten, dass, wer gegen die flächendeckende Einführung geleiteter Schulen ist, auch gegen die Verlängerung der TagS-Schulbetriebe sein muss. Ebenso konsequent ist selbstverständlich die Haltung, dass, wer für die flächendeckende Einführung ist, auch für die Verlängerung sein muss.

Die Kommissionsmehrheit war nun aber der Ansicht, dass die Frage so nicht gestellt werden sollte, da die vertiefte und grundlegende Debatte zur flächendeckenden Einführung noch aussteht und sinnvollerweise erst im Zusammenhang mit der Gesamtvorlage geführt werden muss. Die Kommissionsmehrheit hat deshalb den Beschluss gefasst, dass es im Sinne einer Übergangslösung richtig ist, zurzeit nicht über die Einführung der geleiteten Schulen zu diskutieren, sondern nur über den Übergangsbetrieb.

Mit 6 : 1 Stimmen beantragt Ihnen die Kommissionsmehrheit deshalb auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Mit der Zustimmung zu diesem einmaligen Überbrückungskredit können wir die inhaltliche Diskussion im richtigen Kontext führen und die heutige Debatte davon entlasten.

Die Kommissionsmehrheit ist der Überzeugung, mit der Kommissionsvorlage eine pragmatische Lösung zugunsten der betroffenen Schulen mit ihren Lehrkräften und Schülern zugunsten einer sachgerechten Geschäftsbehandlung unseres Rates und insgesamt zugunsten der Stadt Schaffhausen gefunden zu haben.

Die Behandlung dieses Geschäftes stand unter grossem zeitlichem Druck. Ich möchte mich deshalb bei allen Beteiligten herzlich für die überaus engagierte Mitarbeit und zügige Erledigung aller zu behandelnden Aufträge bedanken. Dies sind der Schulreferent SR Urs Hunziker, Roger Paillard, Bereichsleiter, und Katrin Huber Ott, als Stadtschulratspräsidentin, sowie Christian Schneider für Rechtsberatung sowie Alice Riedel, die das Protokoll in Wochenendarbeit zeitgerecht abgeliefert hat und nicht zuletzt die Mitglieder der Fachkommission Bildung, die bereit waren, das Geschäft im schnellstmöglichen Zeitraum mit grossem Einsatz zu erarbeiten.

SP/AL-Fraktionserklärung:

Die SP/AL-Fraktion hält fest, dass es sich bei der Vorlage nicht um eine Frage der flächendeckenden Einführung geht, es handelt sich also nicht um ein Ja oder Nein zu Schulleitungen, sondern die Vorlage stellt sicher, dass diese Frage im richtigen Zusammenhang und mit Blick auf das Ganze diskutiert und beschlossen werden kann. Sie gewährleistet den drei Schulhäusern eine unaufgeregte und kompetente Weiterführung des Schulbetriebes in heutiger Form bis der Entscheid zur Vorlage der gesamtstädtischen Einführung vorliegt.

Wir empfehlen Ihnen dieser Vorlage zuzustimmen, und zwar aus Respekt gegenüber den drei Schulhäusern, den Kollegien und Schülern und der geleisteten Arbeit; aus Respekt gegenüber den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die frei und ohne präjudizierende Entscheidung über die flächendeckende Einführung abstimmen sollen können; aus Respekt gegenüber der Stadt und den bereits investierten Mitteln, deren Gegenwert ohne Not verspielt werden würde; aus Respekt gegenüber dem Grossen Stadtrat, indem wir die Geschäfte in sinnvoller und effizienter Weise am richtigen Ort behandeln. “

Lotti Winzeler (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

„Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** wird auf die Vorlage der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Sport und Kultur zum Thema „Verlängerung Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010“ eintreten und den Anträgen zustimmen.

Die Grundsatzfrage ob geleitete Schulen flächendeckend in der Stadt Schaffhausen eingeführt werden sollen, darf nicht mit dieser Vorlage „Verlängerung Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010“ geführt werden. Hier geht es um kurzfristige Massnahmen, die notwendig sind, um den Schulalltag in den drei Schulhäusern Hohberg, Steig und Steingut für das Schuljahr 2009/2010 zu sichern.

Die Ablehnung des Schulgesetzes hatte sehr unterschiedliche Gründe. Das Schaffhauser Stimmvolk soll mit der nächsten Vorlage „Geleitete Schulen und Strukturreform Stadtschulrat,, selber über die flächendeckende Einführung der geleiteten Schulen entscheiden. Wir wollen den Volkswillen achten; wir kennen ihn bezüglich flächendeckend geleiteter Schulen nicht.

Ich möchte die Anwesenden bitten, heute auf die Diskussion um die flächendeckende Einführung von geleiteten Schulen zu verzichten, auf die vorliegende Vorlage einzutreten und den Anträgen zuzustimmen. Es geht hier um Menschen, die heute von uns ein Signal erhalten sollten, damit sie endlich das Schuljahr 2009/2010 planen können.

Dem Kommissionspräsidenten Kurt Zubler sowie Roger Paillard vom Schulamt und Markus Brüschi danke ich für ihren grossen und flexiblen Einsatz. Damit diese Vorlage vor den Frühlingsferien im Rat beraten werden konnte, bedurfte es von allen involvierten Kreisen eines ausserordentlichen Einsatzes. “

Erwin Sutter (EDU)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

„Das Schaffhauser Stimmvolk hat das Bildungs- und Schulgesetz wuchtig verworfen. Dabei stiessen sich die Gegner vor allem am administrativen Wasserkopf und den hohen Verwaltungskosten, die wegen der komplizierten Strukturen notwendig geworden wären. Besonders starker Widerstand gegen das neue Schulgesetz kam aus Kreisen der Lehrerschaft. Viele Lehrer äusserten sich auch prinzipiell negativ gegen geleitete Schulen, eine Erfahrung, die ich während des Abstimmungskampfes gemacht habe.

Das Ziel des SR ist trotz dieser Ausgangslage flächendeckend geleitete Schulen in der Stadt auf Beginn des Schuljahres 2010/2011 einzuführen, und dies im Alleingang, da mit einer Neuauflage des kantonalen Schulgesetzes auf diesen Zeitpunkt nicht gerechnet werden kann. Die Fraktion lehnt eine flächendeckende Einführung von geleiteten Schulen in der Stadt aus folgenden Gründen ab:

1. Gemäss Berechnungen des Regierungsrates verursachen geleitete Schulen im Kanton jährlich wiederkehrende Kosten von rund 6% der Lehrerbesoldungen, das heisst etwa Fr. 4.4 Mio. für den ganzen Kanton. Bei Annahme des Schulgesetzes hätte der Kanton selbst Fr. 2 Mio. von diesen Kosten übernommen. Die Stadt müsste für teilautonom geleitete Schulen gemäss dieser Rechnung zusätzlich wiederkehrende Kosten von gut Fr. 2 Mio. aufbringen, was wir unter den voraussichtlich finanziell angespannten Verhältnissen als nicht tragbar beurteilen.

2. Die Stadt würde das unmissverständliche Signal an den Kanton senden, sich nicht finanziell an den geleiteten Schulen beteiligen zu müssen. Den Kanton würde dies natürlich freuen.
3. Die gesetzliche Grundlage für geleitete Schulen ist mit dem heutigen Gesetz nur für Übergangslösungen vorhanden (zum Beispiel für Schulversuche). Insbesondere fehlen die Grundlagen für Schulleitungen mit wirklichen personellen und finanziellen Kompetenzen, was aus Sicht unserer Fraktion eine wesentliche Voraussetzung wäre. Auch Lehrerqualifikationen sind mit dem bestehenden Gesetz nur im Sinne einer Übergangslösung möglich. Steuern wir auf eine Gesamteinführung von geleiteten Schulen mit Schulleitungen ohne Kompetenzen zu? Das kann nicht das Ziel sein.
4. Es gibt keine Grundlage für die Behauptung, dass geleitete Schulen gegenüber Vorsteherschulen grundsätzlich besser sind. Moderne und sehr gute Schulen können auch ohne Schulleitungen geführt werden. Die Qualität einer Schule wird vor allem von den persönlichen Fähigkeiten des Lehrkörpers und weniger von der organisatorischen Struktur bestimmt.
5. Die Bildungskosten für die Stadt werden voraussichtlich in nächster Zeit überproportional ansteigen. Der Kanton wird die Gemeinden voraussichtlich für die allgemeinen Bildungskosten stärker belasten müssen, nachdem er sich aus Rücksicht wegen der Abstimmung über das Schulgesetz zurückgehalten hat. Dann werden wir demnächst auch eine Vorlage über Schulsozialarbeit mit deutlich höheren Kosten beraten. Wir müssen schon aufpassen, dass wir die Bildungskosten einigermaßen im Griff behalten können.

Wenn jetzt die bestehenden TagS-Schulversuche bis zur gesamtstädtischen Einführung weitergeführt werden sollen, macht das im Blick auf die Zukunft keinen Sinn. Seit der ersten Einführung von TagS 1999 arbeiten nun drei Schulhäuser unter diesem System und es wurden immer neue Beiträge zur Weiterführung, teils über Verlängerungsvorlagen, teils auf dem Budgetweg, gesprochen.

Die Budgetkompetenz des GrSR von Fr. 600'000.-- pro Schulversuch würde in zwei Fällen überschritten, und die Finanzierung müsste nun mittels juristisch fragwürdigen Überbrückungskrediten gesichert werden. Unsere Fraktion wird diese Vorgehensweise nicht mittragen und plädiert für einen Abbruch des TagS-Schulversuchs.

Da die Anstellung einer Schulleiterin bis Ende Juli 2009 befristet ist und auf den gleichen Zeitpunkt zwei Schulleiterinnen im Schulhaus Steingut zurücktreten, ist der Zeitpunkt für einen Abbruch auch aus personeller Sicht optimal.

Wir möchten festhalten, dass sich unsere Ablehnung nicht gegen die unbestritten gut geleistete Arbeit innerhalb der Tag-Schulen richtet. Wir möchten aber genauso festhalten, dass auch in den klassischen Vorsteherschulen gut gearbeitet wird, wie das die Resultate der PISA-Tests belegen. Aber die politische und finanzielle Situation hat sich nach dem Scheitern des neuen Bildungs- und Schulgesetzes grundlegend geändert.

Die Fraktion der **SVP/JSVP/EDU** wird auf die Vorlage geschlossen nicht eintreten und sie auch ablehnen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

„Ich darf Ihnen bekannt geben, dass die **FDP/JFSH-Fraktion** mit einer knappen Mehrheit die Vorlage unterstützen wird. Da unser Fachkommissionspräsident Kurt Zubler die Inhalte und die Begründung unserer Vorlage bereits umfangreich erläutert hat, werde ich mich auf einzelne Schwerpunkte, die mir besonders wichtig erscheinen, beschränken.

In erster Linie möchte ich Sie an unsere Sistierungsdebatte der laufenden Vorlage „Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen“ vom 2. September 2008 erinnern. Das Protokoll dazu im Internet ist noch relativ frisch.

Der damalige SPK-Präsident Urs Tanner erklärte, dass in der SPK - auch für den Sistierungsfall - ein klarer Konsens bezüglich der generellen Zustimmung zu Schulleitungen und zur Weiterführung der drei Tag-Schulen ab Sommer 2009 vorhanden war. In einem weiteren Votum wurde die Sistierung damit begründet, dass sie im zeitlichen Ablauf in erster Linie der Fortführung der Tag-Schulen diene.

Aus städtischer Sicht konnte ich unsere Rücksicht auf die kantonale Abstimmung nicht recht verstehen. Wenn man denn will, ist die Zeit für eine Volksabstimmung immer reif - oder halt eben nie.

Ich votierte im letzten September gegen die Sistierung unserer grossen Schulvorlage, weil ich bei einer Verzögerung auch im Hinblick auf eine städtische Abstimmung die Übergangslösung der TagS gefährdet sah. Deshalb erklärte ich hier schon vor einem halben Jahr, dass das städtische Stimmvolk bald möglichst über die Einführung von Schulleitungen an den Stadtschulen entscheiden soll, und das als eigenständige Frage - eben losgelöst von der kantonalen Abstimmung über das reich befrachtete neue Schulgesetz. Die Gründe für die grosse Ablehnung am 8. Februar 09 waren wohl genauso vielschichtig wie das neue Schulgesetz selbst.

Wie auch immer, die Fachkommission nahm in einer neuen Besetzung die Arbeit wieder auf. Eine neue Vorlage, die die TagS-Übergangslösung begrenzt für das neue Schuljahr regelt, musste in den Vordergrund gerückt werden. Das ist eigentlich nur die logische Konsequenz aus all unseren diesbezüglichen Debatten hier im Rat.

Neben dieser logischen Folgerung gibt es noch einen weiteren Hauptgrund, weshalb mir die Rückführung der Tag-Schulen zu Vorsteherschulen unangemessen erscheint: Die inhaltliche Debatte der Vorlage über die gesamtstädtische Einführung von geleiteten Schulen haben wir hier im Rat noch nicht geführt. Diese Diskussion und auch eine Entscheidung über die Vorlage liegt noch vor uns, beziehungsweise vor der städtischen Stimmbevölkerung.

Die Fachkommission Bildung kann die Vorlage nach den vielen Sitzungen der ehemaligen Spezialkommission bestimmt schon bald verabschieden. Aus meiner Sicht ist eine Volksabstimmung über geleitete Schulen im nächsten Herbst realistisch.

Die Zeitspanne bis zur möglichen Volksbefragung in einem guten halben Jahr ist sehr kurz. Wenn wir heute die Übergangslösung der TagS als Vorstufe zu den geleiteten Schulen abrechnen, müssten sich die drei Schulen allenfalls innerhalb von nur einem Schuljahr zweimal umstellen. Diese Situation würde eine grosse Unruhe mit sich bringen und ein gutes Schulklima sicher nicht unterstützen.

Ein solcher Umtrieb vor der Behandlung der eigentlichen Vorlage zu geleiteten Schulen wäre den Tag-Schulen gegenüber einfach nicht fair. Ich bin mir sicher, dass keine der betroffenen Lehrpersonen dies verstehen würde.

Es geht hier ja nicht nur um drei Schulleiterinnen und -leiter; unser Entscheid betrifft drei ganze Schulen mit allen Lehrpersonen und Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern.

Wie ich eingangs erwähnte, wird eine knappe Mehrheit der **FDP/JFSH-Fraktion** hinter der Vorlage stehen. Die Annahme der Kommissionsvorlage bedingt für uns aber zwingend eine bald mögliche Volksabstimmung über die flächendeckende Einführung von Schulleitungen in der Stadt. Alle Stadtschulen sollten endlich eine definitive Antwort erhalten, damit in allen Schulen gleiche Bedingungen über die Schulführung hergestellt werden können. “

SR Urs Hunziker

Stellungnahme

”Lassen Sie mich mit einem Dank an den Präsidenten der Fachkommission Bildung, Kurt Zubler, und an die Mitglieder der Fachkommission für die speditive Bearbeitung der Kommissionsvorlage beginnen. Mein Dank geht auch an die vielen Vorrednerinnen und Vorredner für die teilweise sehr wohlwollende Aufnahme der Vorlage.

Am 15. Juni vergangenen Jahres diskutierte eine 13-er SPK an einer ersten Sitzung eine Vorlage zur gesamthaften Einführung geleiteter Schulen und zur Strukturreform des Stadtschulrates vom 12. März 2008. Die Kommission beschloss, zu einigen aufgetretenen Fragen die Meinungen der Fraktionen einzuholen. Primär ging es darum, die Frage zu klären, ob die Vorlage vor der Abstimmung zum neuen Schulgesetz weiterbehandelt werden solle.

Grundsätzlich bestand mehrheitlich die Meinung, dass geleitete Schulen begrüsst werden, hingegen sollte die Vorlage erst weiterbehandelt werden, wenn das neue Schulgesetz abgelehnt würde. Anlässlich der zweiten SPK-Sitzung haben sich fast alle Votantinnen und Votanten im Grundsatz für geleitete Schulen ausgesprochen. Unterschiedlich waren die Haltungen jedoch in Bezug auf die Finanzierung. Während für die einen Mitglieder die Einführung, unabhängig von einer Beteiligung des Kantons, bei den Schulleiterkosten vorangetrieben werden sollte, war für die andern eben diese Beteiligung des Kantons Bedingung. Am Schluss der zweiten Sitzung wurde ein Antrag zur Sistierung der Vorlage mit grosser Mehrheit angenommen. Gleichzeitig - und deshalb erlaube ich mir, an dieser Stelle etwas weiter auszuholen - entsprach die Kommission einstimmig bei einer Abwesenheit einem Wunsch von Grossstadtrat Dr. Paul Bösch, wonach bekräftigt werden sollte, dass die SPK Schulleitungen wolle und dass die drei Tag-Schulen auf alle Fälle weitergeführt werden sollten. Die Ihnen heute vorliegende Vorlage ist also nichts anderes als eine Erfüllung des Auftrages oder des Wunsches der ehemaligen SPK.

Die Sistierung der Vorlage wurde vom Grossen Stadtrat abgelehnt, so dass an einer weiteren SPK-Sitzung vom 28. Oktober 2008 zwar bei vier Abwesenden einstimmig Eintreten beschlossen wurde; die Detailberatung wurde jedoch bis zur Volksabstimmung über das neue Schulgesetz zurückgestellt.

Nachdem die Stimmberechtigten am 8. Februar dieses Jahres das neue Schulgesetz ablehnten, haben wir uns im Bildungsreferat unverzüglich an die Arbeit gemacht, um

dem einstimmigen Wunsch der alten SPK nach Weiterführung der Tag-Schulen zu entsprechen.

Nach sorgfältigen Abklärungen zur Weiterfinanzierung der drei Schulen in der vom Kanton dazu vorgesehenen Übergangsregelung ist die Kommissionsvorlage zustande gekommen, über die Sie heute befinden. In Anbetracht der drängenden Zeit legen wir damit einen Teilbereich der Vorlage zur gesamtstädtischen Einführung geleiteter Schulen und zur Strukturreform des Stadtschulrates vor. Die drei Tag-Schulen müssen Kenntnis haben, wie es nach den Sommerferien weitergeht. An zwei Schulen geht es um die Weiterbeschäftigung der bisherigen Schulleiter, für die Steingutschule sollten wir die Nachfolge der zurückgetretenen Schulleiterinnen baldmöglichst regeln können. Die Vorlage zur gesamtstädtischen Einführung geleiteter Schulen wird von der Fachkommission Bildung weiter beraten. Ziel ist es, den Stimmberechtigten die Vorlage im Herbst dieses Jahres zur Abstimmung vorzulegen.

Eine Mehrheit der Gegner des neuen Schulgesetzes hat immer wieder betont, die geleiteten Schulen seien unbestritten. Wenn nun moniert wird, in Zeiten der Wirtschaftskrise wäre es nicht zu verantworten, so viel Geld für die Schule auszulegen, so muss ich doch darauf hinweisen, dass ja sonst bei jeder Gelegenheit auf die Bildung als wichtigem „Rohstoff“ unseres Landes aufmerksam gemacht wird. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sollte man meiner Meinung nach nicht bei der Bildung sparen.

In Diskussionen über geleitete Schulen wird oft die Meinung vertreten, man solle das Geld lieber dort einsetzen, wo es den Schülerinnen und Schülern einen direkten Nutzen bringen würde. Genau dieser Nutzen soll jedoch erzielt werden: Lehrpersonen sollen durch die Schulleitungen wirksam von administrativem Kram entlastet werden, damit sie sich wieder vermehrt ihrem Kerngeschäft, dem Unterrichten, widmen können.

Die Stadt Schaffhausen ist die einzige grössere Gemeinde des Kantons, die noch nicht über geleitete Schulen verfügt: Neuhausen, Beringen, Wilchingen, Schleithelm, Thayngen und Stein am Rhein haben diesen Schritt bereits getan.

Mit Ihrem Eintreten und Ihrer Zustimmung zur Verlängerung der Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010 tragen Sie dazu bei, dass die gewonnenen Erfahrungen aus den vergangenen Jahren nicht verloren gehen und in diesen drei Schulen bei einer Zustimmung zur gesamtstädtischen Einführung geleiteter Schulen nicht wieder bei Null begonnen werden muss. Anerkennen Sie die grosse Aufbauarbeit, die an diesen Schulen geleistet worden ist. Anerkennen Sie auch den sehr positiven Schulentwicklungsprozess, der an den drei geleiteten Schulen stattgefunden hat. Ich möchte Sie daran erinnern, dass das Steingut Schulhaus früher als verpönte Schulhaus galt und heute in der Stadt auch von Elternseite eine hohe Anerkennung genießt.

Ich bitte Sie deshalb, auf die Vorlage einzutreten und ihr auch zuzustimmen. “

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

„Im vielen tausend Franken teuren Abstimmungskampf gegen das neue Schul- und Bildungsgesetz haben sich unzählige Lehrkräfte über den geplanten Wasserkopf im Bildungswesen beschwert. Schulleitungen, so, wie sie der Kanton einführen wollte,

hätten den Schulleitern Kompetenzen und Entscheidungsmöglichkeiten gegeben. Der Kanton wäre für einen Grossteil der Kosten aufgekommen.

Es ist für mich nicht respektvoll, wenn man sich gegen ein gutes Gesetz zur Wehr setzt, um dann gleichzeitig unter Missachtung des Volkswillens das zu sichern, was einem gerade passt. Leider stehen unter der jetzigen Zusammensetzung des Parlaments die Chancen gut, gegen das Volk eine Weiterführung der TagS durchzusetzen. SR Urs Hunziker selbst hatte in der TagS-Kommissionssitzung erklärt, dass die Kompetenzen des GrSR ausgeschöpft seien; so steht es wörtlich im Protokoll. Es erstaunt deshalb sehr, dass plötzlich wieder Kompetenzen vorhanden sind, um nicht den Stimmbürger entscheiden zu lassen. Ich könnte dieses Vorgehen noch halbwegs akzeptieren, wenn mindestens die Stadt dem Schulgesetz zugestimmt hätte. Aber auch in der Stadt wurde dieses Gesetz wuchtig abgelehnt, obwohl keine Schule hätte geschlossen werden müssen, wie auf dem Land befürchtet. Wir haben den Stadtschulrat aufgewertet, ihn pensenmässig und finanziell bestens ausgestattet.

Warten wir ab, was der Kanton bereit ist beizutragen und kehren getrost zum früheren Schulmodell zurück. Ein Schulversuch ist immer noch ein Versuch und niemals Legitimation für einen Dauerbetrieb. Sollte dieser Grundsatz nicht mehr gelten, dürfte man politisch keinem Versuch mehr zustimmen, wenn dieser einer definitiven Einführung gleich käme oder diese präjudizieren würde.

Bitte seien Sie demokratisch; wir haben Abstimmungen schon mit weit kleineren Differenzen verloren, sogar im Prozentbereich, und wir wurden immer angemahnt, den Volkswillen zu respektieren. Warum plötzlich diese Kehrtwende, wenn sich in einem Parlament eine satte Mehrheit findet, einen undemokratischen Entscheid zu tragen?

Wir verlangen, dass dieser heute zu sprechende Kredit zwingend einer Volksabstimmung zugeführt wird. Stimmt das Volk zu, werden wir uns selbstverständlich hinter dieses Ergebnis stellen. Die Lehrer müssten dann mit der gleichen Kraft Überzeugungsarbeit leisten, wie sie es bei der Ablehnung des kantonalen Schulgesetzes getan haben.

Ist es nicht auch unverantwortlich, wenn sich ein Grossteil der Bevölkerung der Stadt Schaffhausen gegen das Schulgesetz ausgesprochen hat, die TagS jetzt weiterzuführen? Noch während der Kommissionsarbeit zum neuen Schul- und Bildungsgesetz im Kantonsrat sind an einer geleiteten Schule der Stadt Flugblätter gegen dieses Gesetz verteilt worden, das eben diese Schulleitungen flächendeckend auf eine saubere rechtliche Grundlage gestellt hätte. Man brauche Zeit für die Schule und nicht für die Verwaltung, hiess es, kein Wasserkopf, Geld dort ausgeben, wo es den Schülern etwas bringt und die Qualität der Schule verbessert. Das sind Worte der Gegner des Schulgesetzes, darum bin ich entschieden gegen Eintreten auf diese Vorlage. “

Urs Tanner (SP)

Votum

“Vor dem professionellen Ansehen der Vorlage geleitete Schulen durch die Fachkommission Bildung, hatte ich selbst das Vergnügen, die SPK zu leiten. Fredy Tappolet war ebenfalls Mitglied in dieser SPK. Darum habe ich ein erhöhtes Interesse an dieser speziellen Vorlage. Sie wissen, dass ich normalerweise eigene Voten halte; ich klaue relativ wenig, und wenn, dann deklariere ich es nicht. Heute ist

es anders; weil ich von der SVP im Internet ein sehr schönes Votum gefunden habe, möchte ich Ihnen dieses nicht vorenthalten, vor allem, weil ich gnädigerweise gerade nach meinem Vorredner Fredy Tappolet am Rednerpult stehe.

Der Schulreferent hat ebenfalls angesprochen, dass wir am 2. September des letzten Jahres über das Sistieren der Vorlage über geleitete Schulen im Rat diskutiert haben. Fredy Tappolet hat ein Votum gehalten, das ich Ihnen gerne vorlesen würde, denn das müssen Sie mir erklären. Was hat sich in den vier Monaten geändert?

"Wir wollen, dass sich sämtliche Lehrkräfte für dieses Schulgesetz - und ich kann Ihnen versprechen, es ist ein gutes Gesetz - einsetzen, damit es an der Volksabstimmung angenommen wird. Alles, was sich unsere Lehrkräfte wünschen, werden wir mit diesem Gesetz in Zukunft haben. Es ist Ziel eines modernen Bildungswesens, auf kantonaler Ebene Regelungen zu treffen. Wie von Rainer Schmidig erwähnt, verfügen unsere bisherigen geleiteten Schulen noch nicht über die vom Kanton in Zukunft gewünschten Strukturen. Darum plädiere ich für eine Weiterführung der Tag-Schulen und auch dafür, dass wir die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, aber das Schulgesetz abwarten. Es kommt mir zurzeit vor, wie wenn wir die Feuerwehr zuerst rufen und dann das Haus anzünden, anstatt umgekehrt. Wir müssen uns gemeinsam für das Schulgesetz einsetzen. Bei einem allfälligen Scheitern vor dem Volk, bin ich der erste, der sich für eine Vorlage einsetzen wird. Das ist der richtige Weg. "

Ich habe die Kehrwende von Fredy Tappolet nicht verstanden und bitte darum, diesen Salto mortale zu erklären. Warum haben Sie sich vom Paulus zum Saulus gewandelt? Was hier verlangt wird, ist eine Volksabstimmung über die Kosten, die sich auf rund Fr. 200'000.-- belaufen; diese Abstimmung wäre wohl teurer wie der vorgeschlagene Überbrückungskredit. Hier von undemokratisch zu sprechen, ist absoluter Unsinn; es ist von einem Jahreskredit die Rede, und das Volk soll den Daumen hoch oder runterhalten, damit wir in einem Jahr mehr wissen.

Bleiben Sie bei Ihrem weisen Votum vom vergangenen September. Es ist eine Vorlage, die auch noch im März - der erste April kommt erst morgen - Ihre Unterstützung verdient. "

Fabian Käslin (JFSH)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

"Ich vertrete die grösstmögliche Minderheit der **FDP/JFSH-Fraktion**, die diese Vorlage klar und deutlich ablehnt; und dies aus folgenden fünf Gründen:

1. Im Februar 2009 hat das Schaffhauser Stimmvolk im Kanton und in der Stadt Schaffhausen das neue Schulgesetz an der Urne klar verworfen. Für die Ablehnung - und das zeigten die Plakate der Gegner sehr deutlich - sind die neuen, hohen und alljährlich wiederkehrenden Verwaltungskosten verantwortlich. Wenn wir nun hingehen und für eben diese Verwaltungsarbeiten am Volk vorbei einen Überbrückungskredit sprechen, ist das politisch und demokratisch unsauber und unehrlich. Wenn wir nach den auslaufenden Versuchen geleitete Schulen wollen, müssen wir diesbezüglich eine Volksbefragung durchführen.
2. Was bringt uns ein Überbrückungskredit für ein Jahr? Ich wage zu behaupten, nichts. Denn, dass wir in einem Jahr die zur Finanzierung der Schulleitungen nötigen kantonalen Grundlagen, sprich Schulgesetz, haben, glaube ich nicht.

Und was machen wir dann? Nochmals einen Überbrückungskredit? Nochmals das Volk hinters Licht führen?

3. Wenn wir jetzt die TagS-Versuchsübung abrechnen, passiert bildungs- und verwaltungspolitisch gar nichts. Die Schulleiter der teilautonom geleiteten Schulen dürfen die Schulleitungsfunktion ja gar nicht abschliessend ausführen und sind somit gar keine Schulleiter. Im Gegensatz haben wir in der Stadt aber viele Schulen mit Vorsteheramt. Diese Vorsteherinnen und Vorsteher machen heute mehr als im Pflichtenheft steht - einfach zu einem tieferen Lohn als die TagS-Schulleitungen.
4. Wir müssen die Zweiklassengesellschaft mit Tag-Schulen und Vorsteher Schulen endlich abrechnen. Eine derartige Lösung seit mehr als sieben Jahren ist den Schülerinnen, den Schülern und den Eltern vis-à-vis unschön.
5. Wenn wir in der Stadt je eine Volksabstimmung betreffend geleiteter Schulen gewinnen wollen, dann dürfen wir jetzt keine unnötigen und teuren Übungen betreiben, wie sie uns die Fachkommission Bildung unterjubeln will. Wenn diese Kommission vor zwei Wochen noch von einer Entnahme aus dem Schulfonds sprach und jetzt mit einer ganz anderen Vorlage kommt, dann ist das im Nachgang zur negativen Schulgesetzabstimmung wirklich ein übles Spiel und gefährdet beim Stimmvolk jede weitere Vorlage in diesem Bereich.

Fazit: Aus diesen fünf Gründen lehnen wir die Vorlage deutlich ab und sind für Nichteintreten; eine Vorlage, die nota bene nur Ärger und Verunsicherung in der Bevölkerung auslöst. Dabei ist für uns eine Unterschriftensammlung zur Durchführung einer Volksabstimmung zu diesem Thema nicht ausgeschlossen, wenn Sie heute diesem unsäglichen Konstrukt zustimmen. “

Kurt Zubler (SP)

Präsident Fachkommission Bildung

”Ich nehme kurz Stellung zum Votum von Fabian Käslin. Es ist nicht so, dass wir flächendeckend am Volk vorbei etwas einführen wollen. Wir haben Ihnen angekündigt, dass wir dem Volk noch dieses Jahr die Vorlage zur Einführung geleiteter Schulen in der Stadt Schaffhausen unterbreiten wollen und sie demnächst im GrSR vorlegen werden.“

Es scheint mir sehr wichtig, dass das, was Sie als Zumutung gegenüber Schülern und Eltern erklärt haben, etwas anderes ist. Ich glaube, dass es für die Schülerschaft und die Eltern ein Segen ist, was betrieben wird. Ihr Votum ist ziemlich respektlos, und ich verstehe auch bei den anderen Voten nicht, wie Sie immer die Exegese der Volksabstimmung im Kanton betreiben können. Es hat tausend Argumente dagegen gegeben und wie die Gegner - auch die Freisinnigen - immer betont haben, sie wären für geleitete Schulen, aber nicht für den Überbau, die Rektorate und für die Schulkreise. Bitte kommen Sie zur Vernunft anstatt Ihre Energie in diesem Mikrobereich mit Referenden und Volksinitiativen zu verpuffen. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

”Der Beginn der Debatte, der sachlich verlief - ich war beruhigt und befriedigt, dass man ohne grosse Emotionen über den Überbrückungskredit diskutieren konnte - ist nun begleitet von Donner und Blitz aus dem Olymp; dies bedarf einiger

Berichtigungen.

Katrin Hauser-Lauber hat in ihrem Votum erwähnt, dass die Mehrheit unserer Fraktion dem Überbrückungskredit zustimmen wird. Wir tun dies aus Überzeugung und sind klar der Meinung, dass die Auslegung des Ergebnisses der Schulgesetzabstimmung, wie wir dies heute Abend von einzelnen Votanten gehört haben, sehr gewagt ist. Natürlich hat sich die Bevölkerung klar und deutlich gegen das Schulgesetz gewendet; aber es handelte sich dabei um ein ganzes Paket, und es kann nicht sein, dass man in Schaffhausen wegen dieses negativen Ergebnisses auf alle Zeiten im Nichtstun verharrt.

Ich erinnere Sie daran, dass der Bildungsstandort Schaffhausen, viel zitiert und erwähnt wie auch gestern anlässlich der Veranstaltung der Wirtschaftsförderung - ich war einer der drei Parlamentarier aus dem Grossen Stadtrat, die anwesend waren - einer der wesentlichsten Faktoren für das Wohnortmarketing ist. Eine strukturelle Weiterentwicklung muss möglich sein. Es ist Vorsicht angesagt, wenn Inhalte auf der Strukturebene bekämpft werden sollen; sie müssen vorher festgelegt und entsprechend offen kommuniziert werden, nur so kann eine demokratische Abstimmung stattfinden.

Betreffend Überbrückungskredit: Ich möchte die Behauptung, es sei nicht ganz sauber, klar zurückweisen. Es ist finanzrechtlich absolut zulässig. In Ziffer 3 des Antrages können Sie nachlesen, dass das Ganze dem fakultativen Referendum untersteht und damit werden auch für den Überbrückungskredit die Volksrechte, die mir persönlich sehr wichtig sind, sehr wohl gewahrt.

Es wurde vielfach gesagt, man wolle keine inhaltliche Diskussion führen. Trotzdem haben viele Votantinnen und Votanten diesen im Hinterkopf, wenn sie über Strukturen sprechen. Einige von ihnen scheinen nicht genau zu wissen, worüber sie sprechen, wenn sie von Schulleitungen sprechen. Gute Schulleitungen - und dies wissen die auf der Tribüne anwesenden Lehrpersonen am besten - ermöglichen den Lehrerinnen und Lehrern, dass sie sich wieder vermehrt ihrem Kerngeschäft widmen können. Geleitete Schulen sind ein organisatorisches Kernstück für die Schulentwicklung, die es unbedingt braucht, wenn wir nicht schon bald zu den Rückständigen gehören wollen. Schulleiterinnen und Schulleiter übernehmen operative Führungsaufgaben; sie sind mit Kompetenzen ausgestattet, und genau dort unterscheiden sie sich von den Schulversuchen und den bisherigen Vorsteherschulen. Sie leiten die Schule vor Ort und wirken auch bei Personalfragen mit; sie entlasten und unterstützen die Lehrpersonen in ihrer täglichen Arbeit. SR Urs Hunziker hat auf das Beispiel des Schulhauses Steingut hingewiesen, das lange Jahre von schweren Problemen geplagt wurde und heute mit sehr gutem Erfolg auf bestem Kurs ist. Selbstverständlich gilt dies auch für die anderen zwei Schulhäuser.

Die Schulleitung sorgt für gute Schulen und Arbeitsprozesse und bezieht die Lehrpersonen des Schulhauses im Rahmen von Teamentwicklung angemessen ein; hier hat jede und jeder die Möglichkeit eines demokratischen Mitspracherechts. Geleitete Schulen sind auch eine konstruktive Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel und die Heterogenität sowie die damit im Zusammenhang stehenden grossen Herausforderungen der Schule an die Lehrpersonen. Auch die Dachorganisation der Schweizerischen Lehrerorganisationen spricht sich klar für geleitete Schulen aus.

Heute haben wir allerdings nur den Überbrückungskredit zu beraten und darüber

abzustimmen. SR Urs Hunziker und der Fachkommissionspräsident haben bereits erwähnt, dass die Schaffhauser Stimmbevölkerung noch in diesem Herbst darüber zu entscheiden hat, ob sie in der Stadt Schaffhausen geleitete Schulen will oder nicht und deshalb kann in keiner Weise von einer Umgehung des Volkswillens die Rede sein; sie wird sich zu dieser inhaltlichen und strukturellen Sachfrage an der Urne äussern können. In der zu führenden Diskussion können sehr wohl unterschiedliche Meinungen - ich achte sehr wohl auch diejenigen, die meine Haltung nicht teilen - ins Feld geführt werden, die dann in einem demokratischen Prozess auszumarchen sind.

Es macht wirklich keinen Sinn, wenn wir jetzt - wenige Monate vor den Sommerferien - drei Schulhäuser dazu zwingen, zum alten System mit einer totalen Schuländerung zurückzukehren, um allenfalls in einem Jahr erneut den Kurs zu wechseln. Der Überbrückungskredit ist deshalb sinnvoll und angesagt, sehr wohl im Wissen darum, dass die Stadtschaffhauser Bevölkerung im Herbst über die Frage der geleiteten Schulen in Schaffhausen entscheiden kann. Dieser Willen wird dann aber auch zu achten sein. “

Walter Hotz (FDP)

Votum

”Es ist klar, dass wir nicht so gut wie Dr. Raphaël Rohner, der in der Erziehungsdirektion arbeitet, informiert sind. Aber wir sind Bürger - und diese haben am 8. Februar 09 deutlich entschieden. Auch SR Urs Hunziker hat aus der früheren SPK zitiert, und wir alle haben so ein Resultat nie erwartet.

Wir müssen uns doch für die Zukunft überlegen, was für eine Bildungspolitik und was wir verwaltungstechnisch anordnen und umsetzen wollen. Dazu braucht es jedoch Klarheit an der Spitze. Ich erwarte von den Verantwortlichen Mut, dass sie die gewachsenen Strukturen in Frage stellen; Mut, damit lieb gewonnene Zöpfe abgeschnitten werden. Und nicht zuletzt Mut beim Durchforsten der eigenen Aufgabenfelder, aber auch bei der Hinterfragung eigener Forderungen.

Was mir fehlt in dieser Vorlage, ist ein Konzept, das klar aufzeigt, wohin der Stadtrat, aber auch der Kanton, in Zukunft mit seiner Schulpolitik hin will. Unser Schulsystem besteht heute aus einer Vielzahl von Baustellen. Diese Baustellen sind nicht mehr übersehbar. Ich verzichte auf die Auflistung der Baustellen - schliesslich muss ich mich kurz halten.

Meiner Meinung hat es sowohl in der städtischen Bildung wie auch in der kantonalen Erziehungsdirektion eine Überverwaltung. Es muss endlich ein einfaches verständliches Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der Schule entworfen und den Lehrenden erklärt werden. Wir wissen doch bis heute nicht, obwohl der Schulversuch bald zehn Jahre dauert, wie die rechtlichen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen sind; das heisst, dass wir nicht wissen, ob und wie weit unter der Finanzautonomie - wir haben auch hier wieder ein korrigiertes Kostenzusammenstellung erhalten, obwohl die Schlusszahl stimmt, aber scheinbar nicht die Zwischenzahlen - Kreditverschiebungen und -übertragungen vorgenommen wurden; wir wissen nichts über die Organisationsautonomie, wir wissen nichts über die Lehrplanautonomie, wir wissen nichts über die Personalautonomie, und wir wissen ebenfalls nichts über die Investitions- und Betriebskostenautonomie. Jetzt haben Sie zehn Jahre gebraucht, und wir sind am gleichen Punkt, als dieser Versuch gestartet wurde. Wir wissen nicht, ob die jetzigen teilautonom geführten Schulen mit den anderen Schulen vernetzt sind.

Die Verlängerung der Tag-Schulen ist abubrechen, denn wenn Sie heute dafür sind, haben Sie in der Zukunft einen bildungspolitischen Scherbenhaufen. Der Bürger wird einer gesamtstädtischen Einführung geleiteter Schulen im städtischen Alleingang nie zustimmen. Der Bürger beobachtet mit Besorgnis die aufgeblähten Strukturen der Schule und ist nicht bereit, diese enormen Kosten zu tragen. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)

Votum

”Vieles zu TagS-Betrieben wurde heute Abend bereits gesagt. Sie kennen mich als kritischer Geist, was die städtischen Schulen angeht. Auch die jetzige Vorlage hat mich ziemlich zum Grübeln gebracht, denn einmal mehr schweben wir im luftleeren Raum einer fehlenden Volksabstimmung.

Schulversuche sind eigentlich auf fünf Jahre fixiert. Trotzdem möchte ich heute Abend meine Wahrnehmung als Elternteil von drei Kindern erläutern, wovon eines in einer Tag-Schule geht und die anderen beiden eine sogenannte “herkömmliche” Vorsteherschule besuchen. Ich weiss nicht, ob es andere Elternteile im Rat gibt, welche diese Erfahrungen gemacht haben.

Der Eindruck von mir und meiner Frau ist immens; ich möchte sagen, dass der Unterschied frappant ist; was die Tag-Schule Steig leistet, ist eine ganze andere Stimmung und ein ganz anderes Klima wie in den anderen Schulen. Das heisst nicht, dass in den anderen Schulhäusern schlechte Arbeit geleistet wird; aber was unser Kind nach Hause trägt und wir Eltern wahrnehmen, ist enorm. Ich möchte meine Erfahrung in diesen Rat hineinbringen, als direkt betroffener Elternteil, der den Unterschied persönlich erleben durfte.

Aus diesem Grund stimme ich heute zum einzigen und letzten Mal für einen Überbrückungskredit. Es ist - wie bereits von Dr. Raphaël Rohner erwähnt - unsinnig, wenn wir heute ein System abschaffen würden und im Herbst oder Winter eine Abstimmung über die flächendeckende Einführung durchführen, deren Ausgang ich überhaupt nicht abschätzen kann - im Gegensatz zu Walter Hotz, der es scheinbar schon weiss. Sollte die Einführung angenommen werden, wäre es wirklich das Dummste, jetzt ein System zu beenden und in einem Jahr wieder einzuführen. Lassen wir möglichst schnell das Volk entscheiden. “

Alfred Tappolet (SVP)

Votum

”Sie müssen begreifen, dass ich nochmals Stellung nehmen muss, wenn ich von Urs Tanner in dem Ausmass zitiert werde.

Ich kenne meine Worte auf den Punkt genau, und ich hoffe, dass Sie Urs Tanner ebenfalls gut zugehört haben. Ich habe damals deutlich und klar meiner Hoffnung Ausdruck gegeben, dass sich hoffentlich die Lehrerschaft hinter dieses Schulgesetz stellen möge; aber eine Walze der Ablehnung ist zwischenzeitlich von Seiten der Lehrerschaft und der Bevölkerung über das Schul- und Bildungsgesetz gerollt. Es konnte auch vom Kantonsrat keine befürwortende Kampagne gestartet werden; nur die Gegner sind zu Wort gekommen. Eines möchte ich ebenfalls ganz klar festhalten, nämlich, dass im Schulversuch der teilautonom geleiteten Schulen neue Teams zusammengestellt wurden. Im Steingut Schulhaus sind Lehrer ausgetreten, die sich im Team nicht einfügen konnten. Bei einer flächendeckenden Einführung wird es nicht mehr möglich sein, dass sich ein Team zusammenfinden kann, dann müssen sich die Lehrer den teilautonom geleiteten Schulen unterordnen.

Es ist in diesem Rat normal geworden, dass man - wenn man in vernünftiger Art und Weise - etwas zu einem Geschäft sagt - hämisch ausgelacht wird und die Befürworter werden beklatscht. Haben Sie das Gefühl, dass das Parlament vom Volk so gewählt wurde, dass Sie das Recht haben zu lachen, wenn jemand etwas gegen eine Vorlage sagt und diejenigen beklatscht werden, die dafür sprechen? Das kann wohl nicht Ihr Ernst sein. Deshalb bitte ich Sie darum, in Zukunft zuzuhören, wenn jemand gegen eine Vorlage Stellung nimmt.

Ich wollte immer, dass sich die Lehrkräfte mit aller Kraft für das Schul- und Bildungsgesetz einsetzen. Das war das Hauptargument in meinem Votum. Als ich feststellte, dass die gesamte Lehrerschaft in der Stadt Schaffhausen - die ausser der Ortszulage nur gewonnen hätte - derart wuchtig ablehnte, habe ich mich zu meinem Votum bekannt: Wenn die Lehrer nicht wollen, will auch ich ihnen nichts aufzwingen. Genau das ist der Grund, warum wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass nur das Volk über die geleiteten Schulen entscheiden soll und sicherlich nicht wir, dieses einseitig lastende Parlament. “

Ernst Spengler (SVP)**Votum**

”Wir müssen heute über einen Kredit abstimmen. Der Grosse Stadtrat hat Finanzkompetenz für ein Geschäft mit einem Maximalbetrag von Fr. 600'000.--; man kann nicht im Nachhinein kommen und nochmals eine Salamischeibe von Fr. 200'000.-- dazu legen. Es muss hier einmal klar gesagt werden, dass wir bei einer Zustimmung zu diesem Kredit unsere finanziellen Kompetenzen überschreiten. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)**Votum**

”Ich habe das Wort ergriffen, weil mich Martin Roost herausgefordert hat. Eine meiner beiden Töchter besucht eine Tag-Schule; ich muss sagen, es ist eine gute Schule. Aufgrund der Tätigkeit meines Mannes habe ich auch Einblick in andere Schulen und möchte an dieser Stelle festhalten, dass man nicht sagen kann, TagS-Betriebe seien besser oder schlechter; es steht und fällt mit der Lehrerschaft, die dort arbeitet. Es gibt sehr gute Schulen, die traditionell geführt werden, weil gute Lehrkräfte in Symbiose zusammenarbeiten. Man kann nicht einfach sagen, Tag-Schulen seien besser oder klassische Schulen weniger gut. Wie gesagt, es steht und fällt mit dem Vorsteher. “

Martin Roost (OeBS, parteilos)**Votum**

”Ich habe in keiner Weise diesen Eindruck erwecken wollen. Die Schulen, die meine Kinder besuchen, auch die Vorsteher-Schulen, sind sehr gute Schulen. Aber die Stimmung, die wir Eltern wahrnehmen und die unsere Kinder nach Hause bringen, hat mich sehr beeindruckt und spricht für das System der geleiteten Schulen. “

SR Urs Hunziker**Stellungnahme**

”Erlauben Sie mir, dass ich zu einigen wenigen Punkten Stellung nehmen; ich kann allerdings nicht zu allen Voten etwas Neues beitragen.

Es ist mir ein Anliegen, nochmals das Vorgehen der Finanzierung klarzustellen. Fredy Tappolet hat meine Aussage in der früheren SPK zitiert, dass die Kompetenzen des GrSR ausgeschöpft seien. Das habe ich damals gesagt, und dazu stehe ich auch heute noch.

Ich habe aus der gleichen SPK den Auftrag in die neue Fachkommission Bildung hineingetragen, Mittel und Wege zu suchen, wie man die Finanzierung für dieses eine Jahr regeln kann. Es geht hier nur um dieses eine Jahr. Eine erste Meinung führte dazu, die Weiterführung der Tag-Schulen mit einer Entnahme aus dem Schulfonds zu finanzieren. Stadtschreiber Christian Schneider, unser juristisches Gewissen, hat sich beim Amt für Justiz und Gemeinden kundig gemacht, ob ein solcher Fonds juristisch korrekt und vertretbar sei. Nach anfänglicher, jedoch eher halbherziger Zusage ist aus dem Amt der Vorschlag entstanden, die Finanzierung mittels eines einmaligen Überbrückungskredits sicherzustellen, der dem fakultativen Referendum untersteht. Genau diese Variante ist in der heute zur Diskussion stehenden Vorlage enthalten.

Heute Abend wurde ebenfalls die PISA-Studie erwähnt. Ich staune immer wieder, wofür man die PISA-Studie heranzieht. Wir erwähnen in unserer grossen Vorlage zur gesamtstädtischen Einführung geleiteter Schulen die Empfehlung der PISA-Steering Group, die aussagt, dass eine moderne Schule, eine geleitete Schule sei. Deshalb finde ich es tollkühn, wenn man jetzt die PISA-Studie heranzieht, um belegen zu können, dass auch die Vorsteherschulen absolut genügen.

Ich wundere mich über die verschiedenen Definitionen des Wasserkopfes, die auch in der Schulgesetzkommunikation immer mal wieder auftauchen. Ich habe mich intensiv mit dem neuen Schulgesetz auseinandergesetzt, schliesslich war ich Mitglied im Pro-Komitee. Mit dem Wasserkopf waren nicht die geleiteten Schulen gemeint, damit war die ganze Geschichte mit der Bildung von Zweckverbänden, mit Rektoraten et cetera gemeint.

Noch ein Wort zum Begriff Schulversuch: Wir haben für die drei Tag-Schulen keine andere gesetzliche Grundlage wie diejenige eines Versuchsbetriebes und jetzt neu diejenige einer Übergangsregelung. Es ist längst kein Versuchsbetrieb mehr; geblieben ist nur der Name, der von Gesetzes wegen so sein muss.

Fabian Käslin hat eine Zweiklassengesellschaft in der Schule erwähnt, mit den Vorsteherschulen und den geleiteten Schulen. Das ist richtig; unser Ziel ist es, dieses Zweiklassenprinzip längerfristig vermeiden und generell wie in anderen Schweizer Kantonen auch in der Stadt Schaffhausen geleitete Schulen einführen, wie in unseren umliegenden grossen Gemeinden bereits heute der Fall ist.

Fredy Tappolet hat in seinem zweiten Votum gesagt, dass die Teams speziell zusammengestellt wurden. Das trifft lediglich für das Schulhaus Hohberg zu, und zwar weil das Schulhaus 1996 neu gebaut wurde und der Grund des gewissermassen handverlesenen Zusammenstellens der Teams war die Forderung an die Lehrpersonen, dass diese ursprünglich im Tagesschulversuch hätten mitmachen sollen. Deshalb wurden Lehrpersonen gesucht, die ins Hohberg umziehen wollten. Alle anderen Teams haben im Laufe der Schulversuchszeit einen nicht zu unterschätzenden Teamentwicklungsprozess durchgemacht.

Abschliessend weise ich darauf hin, dass mit der heutigen Vorlage wenigstens ein kleiner Teil der aus dem Jahr 2000 stammenden und erheblich erklärten Motion von Dr. Raphaël Rohner umgesetzt werden kann. “

Die **Ratspräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, stellt fest, dass ein Antrag auf Nichteintreten der SVP/JSVP/EDU-Fraktion vorliegt. Der Ersatzstimmzähler Daniel Schlatter (SP) nimmt seinen Platz ein.

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst Eintreten auf die Kommissionsvorlage der Fachkommission Bildung vom 16.03.09 mit **22 : 10 Stimmen** gut.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Seiten 1 bis 7 sowie die Anträge auf Seite 7 und die Beilage wie folgt:

3. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Fachkommission Soziales, Bildung, Betreuung, Kultur und Sport vom 16. März 2009 betreffend Verlängerung Tag-Schulen bis Ende Schuljahr 2009/2010. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Grosse Stadtrat bewilligt rückwirkend den Eintritt der Steingutschule in die vom Kanton vorgesehene Übergangslösung für Tag-Schulen auf das Schuljahr auf das Schuljahr 2008/2009. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Der Grosse Stadtrat stimmt der Verlängerung der vom Kanton vorgesehenen Übergangslösung für die drei Tag-Schulen Steingut, Hohberg und Steig bis Ende des Schuljahres 2009/2010 zu und spricht für die dadurch anfallenden Kosten einen einmaligen Überbrückungskredit von total Fr. 219'640.-- (Steingut Fr. 93'400.--, Hohberg Fr. 51'140.--, Steig Fr. 75'100). *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
3. Ziff. 3 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage der Fachkommission vom 16. März mit **21 : 10 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH)

Andres Bächtold (SP)

Präsident Fachkommission Verkehr

Die Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit hat an der zweiten Sitzung auch die Vorlagen des Stadtrates vom 2. Dezember 2008 betreffend den integralen Tarifverbund beraten. Die beiden Vorlagen, welche jetzt in der logischen Reihenfolge traktandiert sind, behandeln unterschiedliche Aspekte, beziehungsweise Auswirkungen des gleichen Vorganges, sind aber trotzdem letztendlich separat zu behandeln. Die Vorlagen sind ausführlich begründet, allerdings mit Fachausdrücken gespickt, welche Fachwissen voraussetzen und die Lesbarkeit für Laien ziemlich erschweren. Dem Bau-, Umwelt- und Verkehrsreferenten Peter Kämpfer, den Vertretern der VBSH, die heute ebenfalls anwesend sind und bis jetzt eine hoch stehende politische Debatte geniessen konnten, Walter Hermann, Thomas Romer und Peter Leu ist es gelungen, uns die Vorgänge einigermaßen plausibel zu machen und unsere laienhaften Fragen zu

beantworten, wofür ich ihnen bereits jetzt im Namen der Fachkommission herzlich danke.

Ich versuche jetzt laienhaft zu erklären, um was es - und das betrifft beide Vorlagen – geht, anschliessend werde ich dann auf die speziellen Aspekte und die Anträge der Vorlage in Traktandum 3 eingehen.

Unter Traktandum 4 werde ich mich dann ebenfalls nur noch auf einzelne Aspekte und die Anträge konzentrieren. Falls Sie weitergehenden Erklärungsbedarf hätten, steht der ausgewiesene ÖV-Fachmann SR Peter Käßler sicher gerne zur Verfügung.

Zum integralen Tarifverbund im Allgemeinen:

1988 wurde der FlexTax-Verbund eingeführt. Daran beteiligt sind SBB, Thurbo, Deutsche Bahn, SüdbadenBus, PostAuto, RVSH und VBSH. Dieser wurde 2005 mit dem Z-Pass für PendlerInnen in den Wirtschaftsraum Zürich erweitert. Seit 2007 gibt es zudem das Kombi-Ticket VHB/FlexTax als Vereinfachung für GrenzgängerInnen aus dem Raum Singen und dem Verkehrsverbund Hegau-Bodensee. Dank dieser laufend erweiterten und verbesserten Angebote stiegen die Nutzerzahlen der AbonnementsinhaberInnen laufend, 2007 besass jede 6. Person im Kanton Schaffhausen eines der erwähnten Abos, 12'650 Personen sind damit als tägliche Pendler unterwegs. Der Tarifverbund FlexTax erwirtschaftete mit 123'900 FlexTax-, 20'500 Z-Pass- und 7'400 Kombi-Tickets VHB 2007 einen Jahresumsatz von Fr. 7.3 Mio.; Dreifünftel davon entfielen auf die VBSH, was die Bedeutung – und Qualität – unseres städtischen ÖV unterstreicht.

Eine erfolgreiche Geschichte also, unser Verkehrsverbund, aber auf Lorbeeren soll man sich bekanntlich nicht ausruhen. Ziel der Vorlagen ist es deshalb, uns für weitere Innovationen fit zu machen, das heisst die Strukturen so anzupassen, dass wir kompatibel werden mit andern Verkehrsverbänden, insbesondere natürlich mit dem ZVV. Deswegen fahren – leider – nicht mehr Züge und Busse, aber immerhin wird das Umsteigen und der Ticketbezug wesentlich erleichtert, was der Attraktivität des ÖV natürlich auch dient. Da im FlexTax-Verbund bisher nur Abos, aber keine Einzel- und Mehrfahrtenkarten im Angebot waren, gilt es, das jetzt zu ändern und die Tarifstruktur nationalen Standards anzupassen.

Nun aber zur Vorlage, welche neu mit diesem Traktandum zu behandeln ist, *Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH)*:

Wie vorher ausgeführt, soll der FlexTax-Verbund auf Einzel- und Mehrfahrtenkarten ausgedehnt und damit zum ITV ausgebaut werden als Voraussetzung für den tarifarischen Anschluss an den ZVV. Damit fallen die Grenzen der einzelnen Leistungsanbieter und damit auch deren Tarifautonomie. Im Verbund müssen Tarife zwingend durch die Gemeinschaft der beteiligten Transportunternehmungen festgelegt werden können. Gleichzeitig ist es natürlich notwendig, ein einheitliches Fahrausweissortiment im Angebot zu haben. Das einfache Basissortiment sieht neben den Abos folgende Tarife vor:

- Zonen-Einzelbillette (Erwachsene; Halbtax/Kinder)
- Zonen-Tageskarte (Erwachsene; Halbtax/Kinder)
- Zonen-Mehrfahrtenkarte (Erwachsene; Halbtax; spezielle Kinderkarte)

Angeboten werden, auch das ist dann einheitlich, fünf Tarifstufen, wobei der volle Rabatt von 50% für HalbtaxabonentInnen ab der 4. Tarifstufe gilt. Bei Mehrfahrtenkarten gilt sechs Fahrten für den Preis von 5 für Erwachsene, sechs Fahrten für den Preis von 4 für Kinder. Dabei gilt der Grundsatz, dass einheitliche Tarife zur Anwendung kommen, also gleicher Preis für vergleichbare Leistung. Das hat dann den Vorteil, dass innerhalb der gelösten Zone die Transportunternehmung frei gewählt werden kann und während der Gültigkeitsdauer des Fahrausweises beliebige Fahrten möglich sind.

Da es in integralen Verkehrsverbänden nicht möglich ist, dass Fahrausweissortiment und Tarife durch einzelne Unternehmungen, sondern nur noch durch die Gemeinschaft aller Beteiligten, festgelegt werden können, verlieren wir also zu Gunsten der Attraktivierung des ÖV ein Stück Autonomie und Mitsprachrecht, da bisher für diese Festlegungen der Grosse Stadtrat zuständig war. Dieser Vorgang – die Übertragung der Tarifzuständigkeit an die Transportunternehmungen, beziehungsweise Verbände – bedingt eine Änderung der Stadtverfassung gemäss Antrag 2 und ist in der ganzen Schweiz ungefähr gleich. Ganz kastriert werden wir aber nicht, denn Tarifierleichterungen können wir immer noch gewähren, wenn wir sie entsprechend zu entschädigen bereit sind. Dazu kommen wir dann aber bei der nächsten Vorlage.

Wie das Preisschema des integralen Verkehrsverbundes aussehen soll, können sie der Vorlage auf Seite 6 entnehmen. Die Änderungen von Tarifsystem und Fahrausweissortiment machen es natürlich erforderlich, dass sowohl das Verkaufssystem wie auch die Entwerter erneuert werden. Ein Ersatz der bald 30-jährigen Entwerter, welche noch mit viel Aufwand am Leben erhalten werden, wäre allerdings sowieso angezeigt. Kundinnen und Kunden erwarten, dass sie über verschiedene Vertriebskanäle die gleichen Fahrausweise nach dem gleichen System beziehen können. In Tarifverbänden erhöhen sich zudem auch die Anforderungen an Vernetzungsfähigkeit und Abrechnungsprozesse.

Gesamtschweizerisch wurde deshalb unter Leitung der SBB eine technische Plattform unter dem Titel *S-POS* (Self-Service Point of Sale) entwickelt. Zum *S-POS* gehören ein Standard über die Benutzeroberfläche, die Datenübertragung und die Benutzung durch behinderte Menschen. Da die Ausrüstung sämtlicher Haltestellen des VBSH-Netzes mit Ticketautomaten sehr teuer wäre, beschränken sich diese auf wenige zentrale Punkte, gleichzeitig können natürlich dann an allen Automaten im Bereich des Bahnhofs auch VBSH-Tickets bezogen werden, die bisherigen Verkaufspunkte bleiben ebenfalls erhalten.

Da künftig an allen Ausgabestellen sämtliche Tickets des ITV bezogen werden können, also beispielsweise in einem VBSH-Bus ein Billett nach Beggingen, wenn es sein müsste, ist aus zeitlichen Gründen der Verkauf durch die Chauffeusen und Chauffeure der VBSH, im Gegensatz zu denen der RVSH mit weniger Haltestellen, nicht mehr denkbar. Es ist deshalb geplant, sämtliche VBSH-Busse mit Billettautomaten auszurüsten, bei welchen auch Spezialtickets, beispielsweise Kombitickets mit der Herbstmesse und dgl., bezogen werden können. Die Bedienung erfolgt über einen Touch Screen, vorgesehen ist die Annahme von Münzen und Noten, auch in Euro, mit Rückgeldfunktion. Die Berücksichtigung von Plastikgeld ist nur für einen allfälligen späteren Ausbau vorgesehen. Das kostet natürlich auch etwas, nämlich Fr. 3'255'000.--. Wie sich diese Kosten zusammensetzen sehen sie auf Seite 9 der Vorlage. Diese Investitionen führen schliesslich zu jährlich wiederkehrenden zusätzlichen Kosten für Abschreibungen, Verzinsung, Lizenzen

sowie Betrieb und Unterhalt von Fr. 475'000.--. Dazu kommen dann noch Kosten für das zentrale Inkasso mit Bargeldzahlung und –abrechnung.

Da diese Kosten für die VBSH relativ hoch sind und weil die Stadt bereit ist, auf die Tarifhoheit zu Gunsten des ITV zu verzichten, hat sich der Kanton, als Resultat guter Verhandlungen seitens der Stadtvertretung, bereit erklärt, den Beitrag an die ungedeckten Kosten von bisher 15% auf neu 20% zu erhöhen, was rund einer halben Mio. Franken entspricht. Eine entsprechende Vorlage des Regierungsrates hat die vorberatende KR-Kommission bereits einstimmig verabschiedet, das wird auch im Kantonsrat demnächst so der Fall sein.

Fazit:

Mit dieser Vorlage schafft die Stadt die Voraussetzungen für den ITV FlexTax, welcher den tarifarischen Anschluss an den ZVV ab dem Fahrplanwechsel Ende 2010 ermöglicht. Dafür verzichtet die Stadt auf das Tarifreferendum und beschafft das verbundkompatible Vertriebssystem. Im Gegenzug erhöht der Kanton den Beitrag für die ungedeckten Kosten von 15% auf 20%.

Nach Klärung einiger Detailfragen und nachdem Antrag 4 in dem Sinne geändert wurde, dass die Beschlüsse nach Ziffer 2 (statt 1) und 3 dem obligatorischen Referendum unterstehen, stimmte die Fachkommission dieser Vorlage mit 7:0 Stimmen zu.

Zum Schluss füge ich noch die kurze Erklärung der **SP/AL-Fraktion** an, wo diese Vorlage natürlich auf Zustimmung stösst. Allerdings wird Wert darauf gelegt, dass die Automaten tatsächlich behindertengerecht beschafft werden. Wir erwarten also, dass bereits die Ausschreibung gemäss der Verordnung des UVEK über die technischen Anforderungen an die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs erfolgt und die Behindertenverbände in die Evaluation einbezogen werden. Gleichzeitig wird der dringende Wunsch deponiert, dass die Automaten, wenn immer möglich und natürlich unter Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte, auch mit Plastikgeld gefüttert werden können. Da das bei fix installierten Automaten logischerweise eher möglich ist und diese ohnehin benutzerfreundlicher sind als die fahrenden sind wir auch der Meinung, dass mindestens geprüft werden muss, gut frequentierte Haltestellen auszurüsten oder allenfalls die Option offen zu halten, diese problemlos nachrüsten, beziehungsweise das System entsprechend erweitern zu können. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

”Die **FDP/JFSH-Fraktion** unterstützt diese Vorlage mehrheitlich. Die Vorzüge dieses Verbundes beim Kauf einer Fahrkarte oder eines Abonnements an irgendeiner Verkaufsstelle in Stadt und Kanton sind unverkennbar. Dass sich die Chauffeure inskünftig ganz auf das Fahren konzentrieren können, ist ebenso richtig wie der Ersatz der europaweit bald nostalgisch anmutenden Fahrkartenentwertungsanlagen in unseren Fahrzeugen. Den erhöhten und von der Kommission im Kantonsrat bereits abgesegneten finanziellen Zustupf des Kantons würden wir im Namen der Stadt Schaffhausen dankend entgegennehmen. “

Dr. Paul Bösch (OeBS)

OeBC/CVP/EVP-Fraktionserklärung

”Diese Vorlagen wurden Ihnen vom Vizepräsidenten der Fachkommission, Andres Bächtold, kompetent und klar präsentiert. Die **OeBS/CVP/EVP-Fraktion** begrüsst es,

dass der bestehende Tarifverbund nun noch weiter ausgedehnt wird, und die Region Zürich damit noch näher rückt. Sollte endlich auch noch der Halbstundentakt realisiert werden, ist das kleine Paradies schon fast vollkommen.

Dass mit der Einführung des integralen Tarifverbundes die Tarifhoheit des Grossen Stadtrates aufgegeben wird, ist deshalb zu verschmerzen, weil ja über allfällige Tarifierleichterungen immer noch entsprechender Handlungsspielraum besteht. Dazu kommen wir unter Traktandum 4 noch zu sprechen.

Bei der Einführung des neuen Billettausgabesystems wünschen wir uns zu gegebener Zeit grosszügige Einführungskurse, insbesondere für Senioren und Behinderte. Die Pro Senectute stellt sich für solche Kurse sehr gerne zur Verfügung.

Die OeBS/CVP/EVP-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlagen und wird ihnen mit den Änderungsanträgen der Kommission zustimmen. “

Josef Eugster (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

”Den Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner habe ich nichts beizufügen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die **SVP/JSVP/EDU-Fraktion** dieser Vorlage zustimmen wir. Mir ist dabei noch ein Gedanke gekommen, dass der Beitritt zum Tarifverbund an einer verkehrstechnisch markante Region der Schweiz könnte vielleicht dazu beitragen, dass man auch am Zürichsee den Standort Schaffhausen wahrnimmt.

In Sinne der Effizienz teile ich Ihnen bereits jetzt schon mit, dass die SVP/JSVP/EDU-Fraktion auch der nächsten Vorlage zustimmen wird. “

SR Peter Käppler

Stellungnahme

”Ich bedanke mich bei Ihnen für die effiziente Unterstützung der Vorlage und beim Sprecher der Fachkommission für die gute Präsentation der Vorlage und der Kommissionsarbeit.

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen zwei Vorlagen, die auf den öffentlichen Verkehr in unserer Stadt grosse Auswirkungen haben. In beiden geht es um die Schaffung der Grundlagen für die Ausweitung des Tarifverbundes FlexTax auf alle Fahrausweise.

Die erste Vorlage, die wir jetzt unter dem Titel *Einführung des integralen Tarifverbundes und die Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe* behandeln, ist die Voraussetzung für die Schaffung des integralen Tarifverbundes und in einem zweiten Schritt ab 2011 für den tarifarischen Anschluss an den Zürcher Verkehrsverbund (ZVV).

Die zweite Vorlage *Tarifierleichterungen im integralen Tarifverbund, Neuordnung der Finanzierung der VBSh* regelt einerseits die Finanzierung der VBSh neu und zwar nach den Regeln, wie sie heute schweizweit üblich sind. Sie schafft aber vor allem auch die Voraussetzung, damit Sie als Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Rahmen der Budgethoheit auch nach Einführung des integralen Verbundes Einfluss auf die Tarifpolitik in der Stadt Schaffhausen nehmen können.

Die Vorlagen sind in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton entstanden. Ich danke in diesem Zusammenhang insbesondere dem Baudirektor Dr. Reto Dubach für die gute Zusammenarbeit. Ich danke aber auch meiner Vorgängerin Veronika Heller, die

das Geschäft noch im alten Jahr zusammen mit Dr. Reto Dubach aufgegleist und mir pfannenfertig übergeben hat.

In den Legislaturzielen hat der Stadtrates das Ziel Schaffhausen Bus "ein Bus - ein Dach - ein Billett" festgelegt. Mit dieser Vorlage soll das Ziel ein Billett für alle Fahrten im ÖV umgesetzt werden und damit an die Erfolgsgeschichte mit dem FlexTax Abonnement angeknüpft werden. Heute benutzen rund 13'000 Pendlerinnen und Pendler ein Verbundabo im FlexTax-Gebiet, dazu kommen noch Generalabonnemente et cetera; dies haben Sie bereits von Andres Bächtold gehört.

Mit der Ausweitung des Abonnementverbundes auf Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten kommen neu alle Kunden in den Genuss des freien Fahrens in den gekauften Tarifzonen. Wer also von Schleithelm ins Spital will oder vom Niklausen nach Lohn, braucht neu nur noch ein Billett zu lösen, das Benützen des ÖV wird einfacher und für diese Fälle auch preiswerter.

Sie fragen sich vielleicht, wieso hat das so lange gedauert bis dieser Schritt gemacht wird, schliesslich gibt es den Verbund ja schon seit 20 Jahren. Dazu gibt es zwei Gründe:

1. Verbunde für das gesamte Fahrausweissortiment gibt es auch heute erst wenige. Nur der ZVV funktioniert seit Beginn als integraler Verbund, verfügt also seit jeher auch über Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten. Alle Kantone rund um den ZVV – Aargau, St. Gallen, die Innerschweizer Kantone und eben auch Schaffhausen – sind jetzt daran, ihren Verbund auf das ganze Sortiment auszuweiten und werden so auch kompatibel, um durchgehende Zonenbillette in den ZVV anbieten zu können.

2. Die Ausweitung auf das gesamte Fahrausweissortiment ist nur mit der Einführung von Billettautomaten bei den städtischen Verkehrsbetrieben möglich. Die Generation von Fahrscheinautomaten mit Touch screen, welche die Anforderungen, wie sie heute gestellt werden, erfüllen, sind im Kommen und erfüllen die zeitlich notwendigen Bedingungen der Anforderungen auch für Sehbehinderte und ältere Menschen. Wir haben Ihre Hinweise gehört, werden diese bei der Umsetzung berücksichtigen und nehmen gerne die zur Verfügung gestellte Beratung an. Von daher können wir auf bewährte Produkte abstellen und müssen keine teureren Pionierleistungen erbringen.

Gute Zusammenarbeit mit dem Kanton:

Ich habe es schon erwähnt: Ich freue mich über die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Kanton bei der Einführung des integralen Verbundes. Sowohl die Fachkommission des Grossen Stadtrates als auch die Spezialkommission des Kantonsrates haben diese gute Zusammenarbeit gewürdigt und dem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Der Kanton ist sich bewusst, dass es sich beim integralen Verbund primär um ein kantonales Geschäft handelt, geht es doch um einen regionalen Verbund und um den tarifarischen Anschluss an den Zürcher Verkehrsverbund. Die Stadt muss zwar die Investitionen in die Billettautomaten tätigen. Der Kanton wird aber seine Abgeltung an die VBSH von heute 15% der ungedeckten Kosten auf 20% erhöhen, das sind jährlich gute Fr. 500'000.--, oder anders gesagt: Die Stadt kauft zwar die Automaten, aber alle Folgekosten aus diesem Kauf – die sich ergebenden Abschreibungen, Zinsen, der Unterhalt – werden dank diesem Mechanismus durch den Kanton übernommen. Für die Stadt und die Gemeinde Neuhausen ergeben sich also keine Mehrkosten durch die Einführung des integralen Verbundes.

Es sieht also gut aus, dass der Kantonsrat, der das Geschäft am 6. April 09 behandelt, der Vorlage zustimmen wird, und bitte Sie darum, dies heute auch zu tun, denn in diesem Falle, können wir die Volksabstimmung bereits am 17. Mai 09 durchführen. Das ist wichtig für den Zeitplan. Wir wollen mit dem integralen Verbund bereits im Dezember 2010 starten und die tarifarischen und technischen Vorbereitungen bedingen genügend Vorbereitungszeit. Automaten einbauen und testen, damit keine Pannen wie beim Cisalpino entstehen.

Integraler Verbund nur mit Aufhebung des Tarifreferendums:

Heute legt der Grosse Stadtrat die Tarife der Verkehrsbetriebe fest. Diese Regelung ist für einen Verbund einzigartig. In allen integralen Verbunden bestimmen die Verbundorgane über die Tarife. In keinem andern Tarifverbund der Schweiz entscheidet ein kommunales Parlament über die Tarife aller Transportunternehmungen in einer ganzen Region, vor allem, wenn, wie auch in Schaffhausen, nationale Unternehmungen beteiligt sind.

Bei der Einführung des Zürcher Verkehrsverbundes mussten zum Beispiel die Städte Winterthur und Zürich die Tarifhoheit ihrer Parlamente aufgeben. Auch die Stadt Schaffhausen muss zugunsten der Schaffung des integralen Verbundes, wie andere Städte schon früher, auf die Tarifautonomie und das Tarifreferendum verzichten. Gerade im Zusammenhang mit der Einführung des integralen Tarifverbundes und den bestehenden Abhängigkeiten mit den Tarifen des ZVV wäre die Handlungsfähigkeit des Grossen Stadtrates in der Tariffestsetzung sowieso eingeschränkt.

Tarife im ÖV richten sich heute stark nach den Gesetzen des Marktes und können schon aus diesen Gründen nicht beliebig erhöht werden; eine Gefahr, dass der Verbund diese neue „Freiheit“ missbrauchen würde, besteht aus unserer Sicht nicht.

Dennoch soll der Grosse Stadtrat im Rahmen seiner Budgethoheit die Möglichkeit behalten, aus verkehrs-, umwelt- und sozialpolitischen Gründen Preisvergünstigungen zu beschliessen; dies ist ein wichtiger Bestandteil der zweiten zu behandelnden Vorlage.

Dank der Schaffung des integralen Tarifverbundes im FlexTax-Verbund wird es möglich sein, sich nach Einführung des integralen Verbundes rasch tarifarisch dem ZVV anzuschliessen. Die bessere Anbindung an den Wirtschaftsraum Zürich ist ein vorrangiges Ziel von Kantons- und Stadtregierung. Im öffentlichen Verkehr geht es hier neben dem Halbstundentakt - den wir leider hier nicht einfach so beschliessen können - vor allem um den tarifarischen Anschluss an den ZVV. Ich hoffe ebenfalls, dass wir in Zürich mehr gehört werden, weil auch in Zürich Billette direkt nach Schaffhausen gekauft werden können oder in die Schaffhauser Quartiere. Diese Einführung ist auf Dezember 2011 geplant, und dann können Sie ein Billett direkt vom Sandlöchli an den Paradeplatz lösen und benötigen dazu neu nur noch ein Billett.

Dies meine Ausführungen zum integralen Verbund an sich. Nun komme ich zur Beschaffung der Billettautomaten.

Im Konflikt zwischen Kunde und Fahrplanzwang:

Viele Leute schätzen es, wenn sie im Bus beim Chauffeur ihr Billett oder eine Mehrfahrtenkarte lösen können. Viele Stammkunden, die mit einem GA oder FlexTax unterwegs sind, ärgern sich darüber, denn während der Chauffeur oder die

Chauffeurin das Billett verkauft, steht der Bus still. Die Chauffeure der VBSH sind ständig im Konflikt zwischen Kunde und Fahrplanzwang. Da sind wir nicht unglücklich, wenn sich das ändert und sich die Chauffeure ganz auf den Strassenverkehr konzentrieren können. Die Pünktlichkeit unserer städtischen Busse wird sich so merklich verbessern. Dieser Konflikt verstärkt sich noch dadurch, dass mit dem integralen Verbund die Ausgabe komplizierter und zeitaufwändiger wird.

Wovon wir nicht abgehen wollen: Das ist der Verkauf im Bus. Die Billettautomaten kommen in die Busse. Nur an den wichtigsten Haltestellen, beispielsweise am Bahnhof Schaffhausen oder in Neuhausen im Zentrum oder im Kantonsspital, gibt es auch stationäre Billettautomaten. An diesen Automaten kann man voraussichtlich auch Monatsabonnemente lösen. Auch EC- oder Postcards sollen hier akzeptiert werden. Eine Einführung von Automaten an allen Haltestellen wie zum Beispiel in Zürich und Winterthur wäre wesentlich teurer, störungsanfälliger und kundenunfreundlicher.

Ein weiterer wichtiger Vorteil wurde ebenfalls bereit erwähnt: Durch den Ersatz der in die Jahre gekommenen Entwerter können Sie neu eine Tageskarte für die ganze Schweiz bereits beim Einsteigen in den Bus entwertern, was bisher nicht möglich war.

Was auch bleiben wird: Einer Verkaufsstelle der VBSH im Zentrum; diese bleibt eine wichtige Informations- und Verkaufsstelle. Auch Leute, die beispielsweise ihr Abonnement vergessen haben und in der Kontrolle hängen bleiben, können am nächsten Tag ihr Abonnement in der Ticketeria vorweisen. Alle Fahrausweise können in Zukunft an allen bedienten Verkaufsstellen gekauft werden; ein VBSH-Billett kann auch am Bahnhof Neuhausen gekauft werden, was heute nicht möglich ist. Der Service wird also ausgebaut.

Zusammenfassung:

Ich habe mich in meinen Ausführungen kurz gehalten, will aber die wichtigsten Vorteile des integralen Verbundes und die wichtigsten Änderungen und Beschlüsse zum Schluss nochmals klar festhalten:

- Die Ausweitung des Tarifverbundes auf Mehrfahrtenkarten und Einzelbillette ermöglicht es, mit demselben Fahrausweis alle Transportunternehmungen innerhalb der gelösten Zonen zu benutzen. Beim Umsteigen muss kein neues Billett gelöst werden.
- Der integrale Tarifverbund schafft die Grundlagen für den tarifarischen Anschluss an den Zürcher Verkehrsverbund.
- Weil der integrale Tarifverbund primär eine regionale und kantonale Angelegenheit ist, übernimmt der Kanton die Folgekosten aus den städtischen Investitionen von Fr. 3.255 Mio. Die Stadt und die Gemeinde Neuhausen haben also aus der Einführung des integralen Tarifverbundes keine Mehrkosten.
- Die Mitwirkung im integralen Verbund erfordert die Aufhebung des fakultativen Tarifreferendums, wie dies in allen andern schweizerischen Städten auch der Fall war. Sie werden aber mit der nächsten Vorlage weiterhin die Möglichkeit haben, Tarifierleichterungen in der Stadt moderat festzulegen.

- Einige Leute mögen die Aufhebung des Chauffeurverkaufs bedauern, andere werden sich freuen, denn die Pünktlichkeit der städtischen Busse wird zunehmen und die Buschauffeurinnen und –chauffeurs können sich voll und ganz auf ihre Grundaufgabe – das Fahren – konzentrieren. Die Chauffeurs sind nicht mehr im Konflikt zwischen Kunde und Fahrplanzwang. Die Anliegen der Pro Senectute für ältere Menschen und Sehbehinderte werden wir aufnehmen.
- Wer auf den Bus rennt und noch kein Billett im Sack hat, muss nicht schwarzfahren wie in Zürich. Er kann das Billett am Automaten im Bus lösen. Oder anders gesagt: Wir bleiben kundenfreundlich.

Ich bitte Sie, in diesem Sinne auf die Vorlage einzutreten und danke für Ihre Unterstützung im Abstimmungskampf. “

Hermann Schlatter (SVP)

Votum

”Im Namen der “überparteilichen Hemmentaler-Fraktion” ersuche ich Sie auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Wie wir gehört haben, werden damit nebst den Abonnementen neu auch Einzelfahrtausweise nach dem Zonensystem angeboten. Wir haben heute innerhalb der Stadt Schaffhausen kein Zonensystem, denn die Hemmentaler bezahlen immer noch mehr.

Mit der Einführung dieser Vorlage werden die Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils Hemmental den übrigen Stadtbürgern bezüglich Einzelfahrtausweisen gleich gestellt. Während heute ein Einzelbillett für Erwachsene für eine Fahrt vom Langriet in Neuhausen am Rheinfall nach Herblingen mit der VBSH Fr. 2.50 kostet, sind für die wohl knapp halb so lange Fahrt vom Ortsteil Hemmental an den Bahnhof in Schaffhausen Fr. 4.80 hinzublättern. Der Preis mit der RVSH, welche diese Strecke bedient, ist also fast doppelt so hoch wie derjenige mit der VBSH.

Vom Tarifverbund für Einzelbillette profitieren aber nicht nur die Bewohner des Ortsteils Hemmental, sondern auch alle Wandervögel aus dem übrigen Stadtteilen, die mit dem ÖV nach Hemmental gelangen, um sich auf unserem schönen Randen zu erholen.

Mit der Vorlage wird der noch offene Vertragspunkt 2.14 des Zusammenschlussvertrages zwischen den Einwohnergemeinden Schaffhausen und Hemmental erfüllt. Hier ist erwähnt, dass Verbesserungen mit der Realisierung des geplanten integralen Tarifverbundes für RVBSH und VBSH auch bei den Einzelbillettтарifen angestrebt werden sollen, um den Grundsatz der Gleichbehandlung mit dem restlichen Stadtgebiet zu erfüllen. “

Die **Ratspräsidentin** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wird, Eintreten ist somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Seiten 1 bis 11 und die Anträge auf Seite 11 und 12 wie folgt:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 2. Dezember 2008 betreffend Einführung integraler Tarifverbund und Beschaffung eines neuen Billettausgabesystems der Verkehrsbetriebe Schaffhausen (VBSH). *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Die Stadtverfassung wird wie folgt geändert:

*Art. 11 lit h
Aufgehoben*

Art. 29 Abs. 2 lit b

² *Insbesondere stehen ihm zu:*

- b) *Der Erlass von Benützungs- und Gebührenordnungen für:*
 1. *öffentliche Gebäude, Anlagen und andere Einrichtungen;*
 2. *die Verkehrsbetriebe. Der Stadtrat kann Vereinbarungen über Tarifgemeinschaften abschliessen und die Kompetenz zum Erlass des Verbundtarifs und der dazugehörigen Tarifbestimmungen an ein Verbundorgan übertragen.*

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

3. Für die Beschaffung eines neuen verbundkompatiblen Billettausgabe- und Entwertungssystems der VBSH wird ein Kredit von Fr. 3'255'000.-- bewilligt. Der Kredit steht unter dem Vorbehalt der Erhöhung des Kantonsbeitrages an die ungedeckten Kosten der Verkehrsbetriebe von 15 auf 20 Prozent. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Die Beschlüsse nach Ziff. 2 und 3 unterstehen gemäss Art. 10 lit c der Stadtverfassung dem obligatorischen Referendum. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des Stadtrates vom 2. Dezember 2008 mit **34 : 0 Stimmen** einstimmig gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 VdSR Tariferleichterungen im integralen Tarifverbund – Neuordnung der Finanzierung der VBSH

Andres Bächtold (SP)

Präsident Fachkommission Verkehr

„Durch die Zustimmung zur Einführung des ITV haben Sie die Voraussetzung geschaffen, dass jetzt auch diese Vorlage behandelt werden kann. Ich mache es nun kurz und versuche, Wiederholungen möglichst zu vermeiden.

Sie haben mit der Zustimmung auf die Möglichkeit, die Tarife der VBSH zu bestimmen, verzichtet, was bedeutet, dass sich die Tarife in Zukunft nach nationalen Standards richten und damit höher liegen würden als heute. Sie sehen das in der Tabelle auf Seite 3 oben. Markante Preiserhöhungen ergäben sich vor allem beim

Einzelbillett für Kinder sowie bei sämtlichen Mehrfahrtenkarten. Da die Gemeinden auch im ITV frei sind, Tarifierleichterungen zu gewähren – allerdings nur in der Kernzone des ITV (Stadt Schaffhausen und Neuhausen) – schlägt der Stadtrat vor, die Preise vorläufig nicht anzupassen. Die Preispolitik des Parlaments orientierte sich bisher richtigerweise stärker an gemeinwirtschaftlichen und weniger an unternehmerischen Kriterien. Im Rahmen der Budgethoheit dürfen wir da also noch mitreden, wie ich bereits bei der letzten Vorlage ausgeführt habe.

Die Beibehaltung der aktuellen Tarife führt beim ITV, beziehungsweise bei den VBSH zu Einnahmefällen in Höhe von Fr. 1.1 Mio., welche die Stadt entschädigen muss. Gleichzeitig beantragt der Stadtrat, das Prinzip der Defizitdeckung abzulösen und durch eine im Voraus festgelegte Abgeltung zu ersetzen. Damit passen wir uns auch in diesem Bereich nationalen Standards an, der Kanton handhabt das auch bereits so. Und die Rechnung wird transparenter, indem die Beiträge für die Tarifierleichterungen und die Abgeltung der ungedeckten Kosten separiert sind. Da die Einführung des ITV Änderungen an der Verordnung über die Organisation der VBSH bedingen, werden gleichzeitig noch weitere Anpassungen vorgenommen, welche die Fachkommission noch ergänzt hat, was zu einer entsprechenden Anpassung des Antrags 3 geführt hat.

Folgende Artikel werden geändert:

- Art. 3 Abs. 2, welcher die Befugnis zur Tariffestsetzung ordnete, wird aufgehoben.
- Art 6 Finanzierung wird im Sinne der vorgehenden Ausführungen revidiert
- In Art 8.1 wird, da sich der Kanton namhaft an den Kosten der VBSH beteiligt, diesem entsprechend Mitsprache gewährt, indem eine Vertretung in der Verwaltungskommission Einsitz nehmen kann.
- Im neuen Artikel 8.3 wird der bisher unregelmäßige Status quo festgeschrieben, nämlich, dass jedes vierte Jahr der zuständige Neuhauser Exekutivvertreter den Vorsitz hat, sonst der Kollege aus der Stadt.
- Mit Artikel 8.4 wird die Art der Beschlussfassung geregelt.
- Artikel 8.5 wird den sich ergebenden Änderungen der Aufgaben angepasst. Diese Anpassungen unterstehen dem fakultativen Referendum.

Fazit:

Mit dieser Vorlage werden die noch vorhandenen Möglichkeiten der Tarifierleichterungen durch das Parlament wahrgenommen, dafür werden Fr. 1.1 Mio. eingesetzt. Der im Budget 2009 eingestellte Beitrag für die Defizitdeckung in Höhe von Fr. 7'912'100.-- wird um diesen Betrag reduziert, der Restbetrag wird als pauschale Abgeltung der ungedeckten Kosten entsprechend umgebucht. Gleichzeitig werden die mit dem ITV notwendig gewordenen Änderungen der Verordnung über die Organisation der VBSH vorgenommen. Die Kommission hat auch dieser Vorlage mit 7 : 0 Stimmen zugestimmt.

Auch hier erlaube ich mir, die Stellungnahme der **SP/AL-Fraktion** anzufügen:

Wir werden auch dieser Vorlage vorbehaltlos zustimmen. Insbesondere sind wir erfreut, dass der Stadtrat die sozial-, umwelt- und energiepolitischen Aspekte höher gewichtet als die unternehmerischen und die Tarife deshalb nicht anheben will. Wir werden auch in Zukunft ein wachsames Auge auf die Tarifierung, beziehungsweise die Tarifierleichterungen haben und allfällige Anpassungen jeweils sehr sorgfältig prüfen. “

Katrin Hauser-Lauber (FDP)

FDP/JFSH-Fraktionserklärung

„Auch hier kann ich einen mehrheitlich zustimmenden Kurzbericht der **FDP/JFSH-Fraktion** abgeben. Wir sind der Meinung, dass dies aber nicht auf ewig gelten kann, dass die Benutzung des städtischen öffentlichen Verkehrs in Schaffhausen/Neuhausen günstiger ist als in anderen Schweizer Städten.

Da man jetzt infolge Tarifverbund keine allzu grossen Tarifsprünge machen und die Kunden nicht „vergalstern“ will, unterstützen wir diese Vorlage grossmehrheitlich.“

Dr. Paul Bösch (OeBS)

OeBS/CVP/EVP-Fraktionserklärung

„Die OeBC/CVP/EVP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen.“

Urs Tanner (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

„Ich möchte darauf hinweisen, dass wir in der Geschäftsordnung ein vereinfachtes Verfahren verankert haben, siehe Art. 26 und 34. Heute Abend wären Traktandum 1, 3 und 4 durchaus einen Versuch wert gewesen; dies nur als zukünftiger Hinweis für die Fachkommissionspräsidenten. Wenn das vereinfachte Verfahren beantragt wird, kommt ganz bestimmt jemand und legt Widerspruch ein. Trotzdem sollten wir es einmal versuchen, auch wenn wir alle gerne lange hier sitzen.“

Die **Ratspräsidentin** gibt zu bedenken, dass, sofern ein vereinfachtes Verfahren beantragt und dann ein Gegenantrag gestellt worden wäre, die Beratung der Vorlagen erst an der nächsten Ratssitzung hätte stattfinden können, was in diesem Fall aus zeitlichen Gründen (Volksabstimmung) nicht möglich gewesen wäre.

Josef Eugster (SVP)

Votum

„Sie haben jetzt die Gründe gehört, warum wir kein vereinfachtes Verfahren beantragt haben. Wenn sich anschliessend der zuständige Referent kurz hält, haben wir am meisten gewonnen.“

SR Peter Käppler

Stellungnahme

„Ich danke Ihnen, dass Sie die negativen Auswirkungen des Tarifverbundes auf die Tarife mitunterstützen. Es geht im Grunde genommen nicht darum, mehr Geld auszugeben; es wird einfach anders bezeichnet. Der Grossteil der Einzelbillettfahrten findet im Netz der Verkehrsbetriebe statt, das heisst ein Kunde steigt im Quartier Niklausen ein und löst ein Billett in die Stadt. Die Erhöhung für diese Kundschaft wäre sehr hoch, obwohl es für die Hemmentaler günstiger wird. Das ist der Hauptgrund für unser Vorgehen. Mit den Finanzinstrumenten verstärken wir auch den Druck auf das unternehmerische Denken der VBSH. Ich freue mich, dass der Kanton in Zukunft vermehrt eingebunden und einen Sitz in der Verwaltungskommission haben wird. Ich danke Ihnen für die Unterstützung.“

DETAILBERATUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Theresia Derksen (CVP)**, verliest die Seiten 1 bis 6 sowie die von der Fachkommission Bau beantragte Änderung der Anträge vom 02.03.09 wie folgt:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 2. Dezember 2008 über die Neuordnung der Finanzierung der Verkehrsbetriebe. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
2. Die im städtischen Voranschlag 2009 eingestellten Beiträge an die Verkehrsbetriebe von insgesamt Fr. 7'912'100.-- (Beitrag Parkierung, Defizitdeckung) werden im Betrag von Fr. 1'100'000.-- als Abgeltung von Tarifierleichterungen (Konto 6510.363.002) nach Abrechnung und im Betrag von Fr. 6'812'100.-- als Abgeltung der ungedeckten Kosten (6510.363.003) pauschal an die Verkehrsbetriebe geleistet.

Wortmeldung von Till Hardmeier (JFSH):

"Ich wäre lieber früher ans Rednerpult getreten und werde mich deshalb angesichts der fortgeschrittenen Stunde kurz halten und zu den in der Vorlage enthaltenen Tarifierleichterungen ein kritisches Statement abgeben. Ich hätte das Thema lieber isoliert und nicht im Zusammenhang mit dieser Vorlage diskutiert, beurteile das System sonst aber als gut. Die Preise sind - verglichen mit anderen Städten - unter dem Marktwert, Schaffhausen ist zu billig. Die Stadt Schaffhausen muss jedes Jahr rund Fr. 5 Mio. ans Defizit der VBSH von total Fr. 11 Mio. bezahlen; etwas salopp formuliert, könnte man sagen, dass wir eine Preispolitik von Aldi betreiben und dahinter steht eine Kostenstruktur von Globus, was nicht gut zusammen passt. Wie bereits erwähnt, finde ich das vorgeschlagene System gut, aber die Tarifierleichterungen sind ein Fremdkörper; Schaffhausen ist für mich kein Sonderfall, es soll deshalb alles im Verbund übernommen werden, auch die Soll-Preise. Ein Nebenschauplatz sind die administrativen Zusatzaufwendungen (zum Beispiel Programmierungs-, Berechnungs- und Druckvorlagenanpassungen), die ebenfalls anfallen werden. Der Zeitpunkt, Tarifierleichterungen zu streichen, ist wegen der Wirtschaftskrise nicht sehr günstig; ich möchte deshalb eine zeitliche Verzögerung einbauen und einen Zusatzantrag einfügen, dass die Tarifierleichterungen erst ab 01.01.2011 aufgehoben werden. Ich danke für Ihre Unterstützung und möchte gleichzeitig mein Postulat mit dem Titel "Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH" einreichen. "

Christoph Lenz (AL):

"Besten Dank für die Erläuterungen, der Einführungskurs BWL war unterhaltsam. Es ist aber nicht so, dass die Tarife *unbegründet* tief gehalten werden. Der Grund ist, dass man jene, die den öffentlichen Verkehr benutzen wollen, nicht allzu sehr zur Kasse bitten will. Im Wahlkampf gab es eine Partie, die mit tiefen Steuern geworben hat; zwei ihrer Exponenten haben es in den Grossen Stadtrat geschafft und plädieren heute in ihrer ersten Amtshandlung dafür, Gebühren zu erhöhen. Das finde ich einigermaßen befremdend. Es ist sinnvoll, die Tarife zu belassen, denn viele junge Familien sind finanziell nicht auf Rosen gebettet und würden hart getroffen. Ich weiss dies aus eigener Erfahrung, nicht als Familienvater, sondern als Sohn, der ich auch einmal war. Ich möchte am liebsten eine Motion zur Abschaffung aller Tarife im öffentlichen Verkehr in der Stadt Schaffhausen einreichen und fände es eine gute Lenkungsmassnahme, die einerseits den Autoverkehr eindämmt und andererseits jene, die den öffentlichen Verkehr benutzen - also Familien und junge Menschen sowie Senioren - entlasten würde. Ich habe eine solchen Vorstoss bereits einmal angedacht, aber noch nicht geschrieben und bin jetzt bereit, diesen als Faustpfand in der Rückhand zu behalten, um ihn allenfalls noch nachzureichen. "

Peter Möller (SP):

"Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag zurückzuziehen, da er unnötig ist. Es mag alles

richtig sein, was Sie über den Selbstfinanzierungsgrad und die Eigenwirtschaftlichkeit der VBSh ausgeführt haben; aber dies betrifft nur eine Seite, es gibt aber noch eine andere, doch eher juristische Seite. Wir beschliessen über ein Budget und werden uns anlässlich der Budgetdebatte jedes Jahr im Rat treffen, um gemeinsam darüber zu diskutieren. Es braucht also keine Befristung, sondern der Stadtrat stellt entsprechend Antrag und in der Budgetdebatte wird alljährlich darüber entschieden. “

SR Peter Käppler:

”Mit dieser Vorlage geht es darum, mit flankierenden Massnahmen die Wirkung der Einführung des integralen Tarifverbundes abzufedern. Wenn jemand, der auf dem Netz der Stadt Bus fährt, für eine Mehrfahrtenkarte jetzt neu Fr. 7.30 mehr bezahlen müsste, so fragt er sich mit Recht nach dem Sinn und Zweck des Tarifverbundes, zumal ihn nur Fahrten vom Niklausen in die Stadt interessieren. Es geht darum, in solchen Fällen die negativen Auswirkungen des Tarifverbundes einzudämmen. Das Ausmass der Tarifierleichterung kann der Grosse Stadtrat jedes Jahr anlässlich der Budgetdebatte bestimmen. Ich glaube, dass Sie neben den finanzpolitischen auch die sozialpolitischen Ziele berücksichtigen müssten sowie vor allem das ökologische Ziel der Stadt, den Grossteil des innerstädtischen Verkehrs auf die Busse zu verlegen. Der Tarif in der Stadt Schaffhausen kann nicht gleich hoch sein wie in Zürich, weil dort mit dem gleichen Tarif in der Zone 10 ein Riesenangebot im 7-Minuten-Takt mit S-Bahn, Tram und Strassenbahn besteht. Wir in Schaffhausen kennen den 10-Minuten-Takt und unser Angebot ist weniger vielfältig. Ich bitte Sie, diesem Antrag im Sinne einer guten Umsetzung des Tarifverbundes nicht zu folgen. “

Abstimmung:

Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag von Till Hardmeier (JFSH) mit 27 : 3 Stimmen ab.

3. Der Grosse Stadtrat genehmigt die Änderung der Verordnung über die Organisation der Verkehrsbetriebe Schaffhausen vom 24. März 1992 in der Fassung des Antrags der Fachkommission Bau, Planung, Verkehr, Umwelt und Sicherheit vom 2. März 2009 gemäss Anhang. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*
4. Ziff. 3 dieses Beschlusses untersteht nach Art. 11 Abs. 1 lit i der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage des Stadtrates vom 2. Dezember 08 und die von der Fachkommission mit Datum 02.03.09 beantragte Änderung mit 31 : 2 zu.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSMITTEILUNGEN DER RATSPRÄSIDENTIN:

Es sind folgende Vorstösse während der Sitzung eingereicht worden oder liegen auf Ihren Pulten auf:

- **VdSR** Änderung von Art. 29 und Art. 53 Bauordnung (Materialbewirtschaftungszone), Zonenplanänderung Nr. 4 Recyclingplatz

Kieswerk Solenberg, Materialbewirtschaftungszone

- **VdSR** Teilrevision 2009 der Bauordnung: Anpassung der Bestimmungen über Quartierpläne, Ausnutzungsübertragungen und Parzellierungen. Das Büro wird diese Vorlagen an seiner nächsten Bürositzungen an die vorberatenden Fachkommissionen zuteilen.
- **Postulat** von Till Hardmeier (JFDP): Massnahmen zur Ertrags- und Effizienzsteigerung VBSH vom 23.03.09 (Eingang 31.03.09)
- **Postulat** von Alfred Tappolet (SVP): Sichere Verkehrsführung im Herblingertal und Überprüfung der ungesicherten Bahnübergänge von Industriegeleisen vom 31.03.09
- **Postulat** von Walter Hotz (FDP): Optimierung der Führungs- und Aufgabenstruktur vom 24.03.09 (Eingang 31.03.09). Diese Vorstösse werden auf der Traktandenliste der nächsten Ratssitzung aufgeführt.
- **Kleine Anfrage** Nr. 3/2009 von Walter Hotz (FDP): Gewalttätige Auseinandersetzungen in der Stadt Schaffhausen vom 24.03.09 (Eingang 31.03.09)
- *personalinfo* Nr. 1 April 2009
- Newsletter der Wirtschaftsförderung vom März 2009: Visionen im "kleinen Paradies"
- **SchaffhausenTotal**, Jahresbericht 2008, integrierte Vermarktung einer Gesamtregion

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 5. Mai 2009, um 18 Uhr statt.

Die **Ratspräsidentin** beendet die Sitzung um 21:06 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 29.04.09